

Dr. Max ...
Telenghe 3785,
nachts 6/97.
Telegraph-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II,
Davitkova nám. 32.
Bollschekami 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Dreisachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kc 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 98.—
ganzjährig . . . 192.—
Abrechnung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Sonntags täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 11. September 1923.

Nr. 211.

Gewerkschaften und Gemeindevahlen.

Das Gewerkschaften und Partei zwei Aeste an dem einen Baume der Arbeiterbewegung sind, ist eine alte Lehre für alle gewerkschaftlich und politisch Organisierte. Beide Organisationen sind Mittel des proletarischen Klassenkampfes, beide dienen dazu, die ökonomische und geistige Befreiung der Arbeiter und Angestellten zu bewerkstelligen. Beide aber haben auch ihre besondere historische Aufgabe zu erfüllen: Die Gewerkschaften sollen die Arbeiter in der kapitalistischen Ordnung vor Verelendung schützen, sie kampffähig erhalten, die Arbeiter nach den einzelnen Industriegruppen zusammenfassen, den Arbeiter als Produzenten organisieren. Die Aufgabe der politischen Partei des Proletariats — und das ist in Mittel- und Westeuropa die Sozialdemokratie — besteht darin, die Rechte des Arbeiters als Staatsbürger zu vertreten, die Arbeiter ohne Unterschied des Berufes zum Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung und für die Befreiung des Proletariats zusammenzufassen.

In den großen Schlachten, die die Arbeiterschaft zu schlagen hat, zeigt sich jedoch, daß Partei und Gewerkschaft aneinander geschnitten sind. So führen große Streikbewegungen sehr oft zu politischen Erschütterungen des Gemeinwesens und geben so der Sozialdemokratie Gelegenheit, die aktive Solidarität mit den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen zu bezeugen. Andererseits wird die Rolle der Gewerkschaften in den politischen Kämpfen einer wildbewegten Zeit immer bedeutungsvoller, die zahlreichste Organisation der Arbeiterklasse kann eben nicht zurückbleiben, wenn die Würfel um das politische Schicksal der Arbeiter geworfen werden. Das berühmteste und lehrreichste Beispiel aus der Geschichte der letzten Jahre wird die Abwehr des Rappaputtsches durch die deutschen Gewerkschaften bleiben, da die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands die Bevölkerung vor einer reaktionären Staatsform gerettet haben, mittels welcher das preussische Junkertum und die deutsche Schwerindustrie die Herrschaft wieder aufgerichtet hätten, die sie vor dem Kriege im Deutschen Reiche Wilhelms II. ausgeübt haben.

Auch der Gemeindevahlkampf, der in dieser Woche das höchste Interesse der Arbeiterschaft in Anspruch nimmt, wird von den politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft, der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei geführt, die freien Gewerkschaften als unpolitische Berufsorganisationen nehmen daran keinen aktiven Anteil. Dennoch aber haben auch die Gewerkschaften großes Interesse daran, wer zur Verwaltung der Gemeinden berufen werden soll, und wenn sie auch keine eigenen Kandidatenlisten stellen, sind sie doch gezwungen, diesen Wahlen besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Agenden der Gemeindevahlkämpfe haben sich im Laufe der Zeit bedeutend vergrößert und eine große Anzahl von Gemeinden sind heute Besitzer von Kohlengruben, Elektrizitätswerken und anderen Industrieunternehmungen, Meierhöfen und Waldungen. Eine große Anzahl von Handwerker und Arbeitern sind bei den Gemeinden beschäftigt, so daß die Gemeinden für einen großen Teil der Mittel jeder der Gewerkschaften als Arbeitgeber in Betracht kommen.

Bei Vertragsverhandlungen ist es von besonderer Bedeutung, wenn Arbeiter, als Vertreter der arbeitgebenden Gemeinde mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammentreten und zugunsten der Arbeiter und Angestellten wirken können. Aber nicht nur bei den Lohnverhandlungen kann zugunsten der Arbeiter gewirkt werden, sondern schon vorher ist den Gewerkschaften der Kampf dadurch erleichtert, weil die Industriellen damit rechnen müssen, daß sozialistische Gemeindevahlkämpfe eine Willkürherrschaft gegen die Arbeiter nicht mitma-

Gewitterschwüle am Balkan.

Drohende Sprache der südslawischen Regierungspresse.

Belgrad, 9. September (Tschechoslowak. Presbureau.) Wie die „Politika“ auf Grund authentischer Informationen berichtet, erhielt die mazedonische Organisation ausgiebige Hilfe in Waffen und Geld über Barua, wo ein italienisches Schiff eine große Menge von Kriegsmaterial für die mazedonische Organisation in Bulgarien ausschiffte. „Die Aktion der mazedonischen Organisation“, bemerkt die „Politika“, „will unser Nachbar jenseits der Adria als eine Diversion für die Schwächung unserer Stellung ihm gegenüber während der Lösung des Schiffsal-Frumes und der Korpus-Frage ausnützen. Diese Situation an unserer Südgrenze veranlaßt den Vertreter des Ministerpräsidenten Dr. Janković, gestern abends eine Ministerratsitzung einzuberufen, in welcher der Minister des Innern und der Kriegsminister über die Situation an der Südbosnischen Grenze ausführlich berichteten und gleichzeitig ihre Vorschläge bezüglich der vorzunehmenden Maßnahmen unterbreiteten. Der Ministerrat genehmigte alle vorgeschlagenen Maßnahmen. Nach Schluß der Sitzung wurden an den Armeekommandanten von Ustüeb die nötigen Instruktionen mit der Anordnung, sofort an die Durchführung der schon festgesetzten Aktionspläne zu schreiben, abgefordert. Sichere Nachrichten aus dem Süden berichten, daß Einfälle von Komitatsschänden im Grenzgebiete Südbosniens noch in dieser Woche erwartet werden.“ Die „Politika“ schließt ihren Bericht folgendermaßen: Es ist Aussicht vorhanden, daß sich in der nächsten Zeit die Aufmerksamkeit nicht nur unseres Landes, sondern auch anderer Länder Europas am Ufer der Adria, wo große Ereignisse im Anzuge sind, konzentrieren wird.

Blättermeldungen zufolge habe Gesandter Antonović auf Anordnung der Regierung den Ministerpräsidenten Mussolini davon verständigt, daß der paritätischen Kommission keine weitere Frist für Verhandlungen gewährt werden kann und daß die jugoslawische Regierung um die Lösung der Fiumaner Frage durch einen Schiedsspruch ansuchen wird.

Die Industriellen und Grundherren sind in Organisationen vereinigt, welche nicht nur auf die Preisbildung, sondern auch auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestimmend einwirken. Wenn aber die kommunalen Unternehmungen unter dem Einfluß der Arbeiterschaft stehen, dann ist der Warenmarkt nicht mehr unumschränkt von den Kapitalisten beherrscht und der Willkürherrschaft der Unternehmer ist ein Riegel vorgezogen.

Die bürgerlichen Gemeindevertretungen in der Vorkriegszeit, die alten Nachbarn der Bourgeoisie, haben als Lohnrücker für ihre Angestellten und damit für alle Arbeiter gewirkt und erst der Einzug der Sozialdemokratie in die Gemeindeverwaltungen hat hier eine Breche geschlagen. Immer und immer wieder konnten wir in den Gemeindebeständen den Ruf der Bürgerlichen nach Einschränkung der Ausgaben hören, worunter sie natürlich in erster Linie die Herabsetzung der Löhne und Gehälter der Angestellten verlangten. Schwere Kämpfe hatten unsere Gemeindevertreter in der abgelaufenen Periode in dieser Hinsicht zu führen, wodurch sie aber den Gewerkschaften so manchen Streik ersparten und der Arbeiterschaft ihre Existenz erleichterten. Aber nicht nur in bezug auf den Lohn wurden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Sachwalter der Arbeiterschaft, sondern sie bemühten sich, die Stellung der Gemeindeangestellten und Arbeiter überhaupt zu ändern. Während früher die Gemeindegewalt, die Kommunalangestellten als ihre Schutzherrn betrachtet hatten und sie zu allerlei Staffagen verwendeten, nehmen die Gemeindeangestellten, heute dank der Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter eine Stellung ein, welche sicher nicht schlechter, wenn nicht besser ist als die der Angestellten und Arbeiter in den Privatbetrieben. Es wurden Lohnverträge geschlossen, die Gesetze für die Angestellten nicht nur eingehalten, sondern bei den meisten Gemeinden noch bedeutend verbessert, so daß zu erwarten ist, daß reaktionäre Gemeindeverwaltungen es als ihre Haupt-

Poincaré interveniert.

Belgrad, 8. September. Gelegentlich der Zusammenkunft zwischen dem Ministerpräsidenten Pasić und Poincaré in Paris wurde die Fiumaner Frage und der Abbruch der Verhandlungen der paritätischen Kommission besprochen. Damit ein erster Konflikt zwischen den beiden Staaten verhindert wird, bot Poincaré dem Ministerpräsidenten Pasić seine Intervention in der Fiumaner Frage an, verlangte aber, daß die jugoslawische Regierung vor seiner Intervention keine Schritte in dieser Angelegenheit vornehme. Pasić stimmte dem Angebote Poincarés zu und erklärte gleichzeitig, die jugoslawische Regierung könne keinesfalls von zwei Forderungen absteigen, nämlich von der Schaffung des Freistaates Fiume und der Anerkennung der Souveränität Jugoslawiens über die Häfen von Barosch und Delta. Die jugoslawische Regierung wird jetzt das Resultat der Intervention Poincarés abwarten. Bleibt diese ohne Erfolg, wird die jugoslawische Regierung sofort den Schiedsspruch des Präsidenten der Schweiz verlangen.

Italien beabsichtigt eine Annexion Fiumes?

London, 10. September. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Dem 15. September, dem Tage, an welchem das von Mussolini an Serbien wegen der Fiumaner Frage gerichtete Ultimatum abläuft, wird in britischen und alliierten Kreisen mit einiger Besorgnis entgegengeesehen. Belgrad habe das Ultimatum verworfen und es sei unsicher, ob Italien der schiedsrichterlichen Entscheidung der Schweiz zustimmen wird. Diplomatische Beobachter in Rom drücken die Befürchtung aus, daß Italien eine Annexion Fiumes in Aussicht nehme. Sie machten geltend, daß die militärischen Vorbereitungen die einer nur zeitweisen Besetzung Korpus weit überschreiten.

aufgabe erblicken werden, diese Verbesserungen zu beseitigen und die Ausgaben der Gemeinden auf Kosten der Angestellten und Arbeiter herabzudrücken, wodurch den Gewerkschaften so mancher Kampf aufgezwungen werden würde.

Das Bestreben der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen geht aber auch ganz allgemein dahin, die Umlagen durch Schaffung von Einnahmsquellen herabzusetzen. Sie sind bestrebt Industrieunternehmungen zu erwerben, sie kämpfen dafür, daß die Wälder und Meierhöfe der ehemaligen Raubritter enteignet werden und in den Besitz der Gemeinden übergehen. Damit würde den Gemeinden nicht nur die Umlagenlast genommen, sondern sie würden in weit größerem Maße als bisher Arbeitgeber für Tausende von Industrie- und Land- und Forstarbeitern und also für die Gewerkschaften von noch größerer Bedeutung werden.

Nun da die Gemeindevertretungen gewählt werden müssen, haben die Arbeiter und Angestellten der Gemeindebetriebe die Möglichkeit einfluß darauf zu gewinnen, wer ihre Arbeitgeber in den nächsten Jahren werden und wie ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt werden können, ohne daß erst lange, schwere Kämpfe geführt werden müssen. Die sozialistischen Gemeindeverwaltungen können zwar in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft auch nicht restlos erfüllen, haben aber gezeigt, daß sie zumindestens eine einschneidende Besserung der bestehenden Verhältnisse erwirken konnten.

Aus dem hier Angeführten ist bereits zu ersehen, daß den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Kampf um die Macht in der Gemeinde nicht gleichgültig sein kann. Es ist ihre Sache, um die es geht. Wollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Zahl ihrer Stimmen zur Geltung kommen lassen, dann müssen sie die Partei der arbeitenden Klasse, die Sozialdemokratie, wählen.

„Schutz dem Besitz“.

„Schlicht Euch zusammen zum Schutze Eurer Interessen, Ihr alle, die Ihr etwas zu verlieren habt“. Unter dieser Devise sammeln die Hausbesitzer ihren Anhang bei den jetzigen Gemeindevahlen gegen die Sozialdemokraten und ähnlich klingt es in allen Tonarten aus der gesamten bürgerlichen Presse. Schutz dem Besitz — das ist die Wahlsparole aller Bürgerlichen. Erst in den letzten vier Jahren hat die Klassenbewußte Arbeiterschaft ihren Einfluß in den Gemeindebeständen geltend machen können, großes ist von ihren Vertretern geleistet worden. Unsere Genossen haben gezeigt, daß Arbeiter im Stande sind, selbst die größten Gemeinden und Städte muster-gültig zu verwalten. Gerade das ist es, was den Haß der Bürgerlichen gegen uns Sozialdemokraten hervorruft. War es doch selbst zu der Zeit, als das gleiche Wahlrecht für den Reichsrat für die Arbeiterschaft schon längst erlangt war, noch immer das stärkste Argument der bürgerlichen Gegner gegen das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden, daß die Arbeiter „nicht verwalten können“, und daß die Entscheidung über die Führung der Gemeinden den Steuerträgern überlassen werden muß. Durch fünfzig Jahre hat das deutsche Bürgertum unumschränkt in den Gemeinden geherrscht, wor die große Masse der Bevölkerung vollständig einflußlos, während die Masse der kleinen Steuerträger, zusammengespercht im dritten Wahlkörper, fast keinen Einfluß in der Gemeindebestände hatte. Fünfzig Jahre bürgerlicher Klassenherrschaft im ärgsten Sinne hat die Arbeiterschaft über sich ergehen lassen müssen. Es lohnt sich, an einigen Beispielen die Grundzüge aufzuzeigen, auf welchen diese Herrschaft gelehrt verankert war, jene Grundzüge, die heute noch in der geltenden Gemeindeordnung weiter bestehen und deren Anwendung nur dort gemildert oder beseitigt wurden, wo unsere Genossen durch ihre Macht in der Gemeinde dazu stark genug waren. Die Revolution des tschechischen Bürgertums hat 1919 vor dieser fast sechzig Jahre alten Gemeindeordnung Halt gemacht, nur das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden mußte den Arbeitern gegeben werden.

Die Armenpflege ist den Gemeinden aufgrund des Gesetzes vom 3. Dezember 1868 übertragen. Wie die Gemeinden, mit ganz wenigen Ausnahmen, sich derselben bis zum Jahre 1919 angenommen haben, ist allen noch in schreihafter Erinnerung. Teilen von Haus zu Haus war das Los der Armen und Alten, die es nicht vorzogen, ihrem Leben vorzeitig ein Ende zu machen. Für die Armen und Kranken hatte die Gemeinde kein Geld. Die bürgerlichen Gemeindevertreter hatten für ihre Handlungsweise aber einen geschlichen Vorwand, denn der § 1 des abtrotierten Gesetzes bestimmt: „Die öffentliche Armenpflege umfaßt die Sorge für die Armen nur bis zum Maße der strengsten Notdurft“. Was die Herren in den Gemeinden als das Maß der strengsten Notdurft für hinreichend fanden, war in den meisten Fällen fast nichts. Es hätte den Besitzenden die Armenfürsorge sonst etwas, wenn auch wenig, kosten können; aber der Arbeiter hat für die bürgerliche Gesellschaft nur so lange einen Wert, als er arbeiten kann. Wird er krank oder alt, ist er eine unnütze Last. Aus dieser Wertung der Arbeiter stimmten die bürgerlichen Klassenvertreter, welche für die Armen ihrer Gemeinde keine Mittel übrig hatten, auch gegen die Befürwortung der Petitionen um die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung, als ihnen diese von unserer Partei vorgelegt wurden. Die Einnahmsquellen der Armenversorgung sind ebenfalls geschlich umschrieben. Der § 16 bestimmt als solche: 1. Die Einkünfte aus dem der Armenversorgung in der Gemeinde gewidmeten Stammvermögen. 2. Aus geschlichen Zuflüssen. 3. Aus freiwilligen Beiträgen und falls diese Quellen nicht zureichen, 4. subsidiärlich aus Gemeindefmitteln.

Ganz zuletzt erst wird es den Gemeinden zur Pflicht gemacht, aus Gemeindefmitteln jene Beiträge aufzubringen, um die Armenpflege bis zum Maße der strengsten Notdurft zu ermöglichen. Der § 23, welcher von den freiwilligen Beiträgen handelt, empfiehlt den Gemeindevertretern unter anderem, „freiwillige Beiträge durch Einführung von Opferstöcken und Sammelbüchern an öffentlichen Orten zu erzielen“. So erbärmlich und elend ist heute noch die Grundlage für die Armenpflege der Gemeinden geschlich festgelegt. Ueber der Sorge um den alten und kranken Menschen, steht die Sorge um den Besitz, die Sorge um den Steuerträger, der vielleicht einige Prozente an Umlagen mehr bezahlen müßte, wenn aus Gemeindefmitteln den darbenenden Witwen und Waisen ihre tägliche Unterstützung

um einige Heller aufgebessert würde. Unsere Genossen haben sich dieser Menschenpflicht in den Gemeinden unterzogen, haben so weit als möglich die Armenpflege ausgebaut und die Bürgerlichen hohen in den meisten Fällen nicht offen gewagt, gegen die Ausgestaltung der Armenverwaltung aufzutreten. Jetzt, bei den Wahlen hoffen sie den Einfluß der Arbeiter zu brechen, zernern sie über die Verschwendung der Gemeindegelder und hoffen, ihre nackte, brutale Klassenherrschaft so wie früher, in den Gemeinden aufrichten zu können. Die Ausgaben für die Armenpflege werden vor allen ihren Grell, sie, die auch jetzt wieder gegen die gesetzliche Einführung der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter Sturm laufen. Die Namen der Parteien haben sich geändert, der Geist, welcher sie beherrscht, ist unter den Befehlshoffen der gleiche geblieben wie in der reaktionären Vorfröhenzeit.

Den Gemeinden obliegt auch die Organisation des Sicherheitsdienstes, die Pflege des Gesundheitswesens in ihrem Bereiche. So bestimmt der § 5 der Dienstinstruktion für die Gemeindegelder aufgrund des Gesetzes vom 23. Jänner 1888 folgendes: „Dem Gemeindegeld obliegt insbesondere die sachmännliche Mitwirkung bei der Handhabung der Gesundheitspolizei, insbesondere in Hinsicht auf die sanitätsmäßige Einrichtung der Krankenzweienheiten u. dgl., mit besonderer Rücksicht auf die Boden-, Raum-, Licht- und Lufteinverhältnisse in öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Gast- und Gastwirtschaften u. dgl.“ Er ist die Sorge um die Brandweinschenke, dann um die Schule; die Schule kostet Geld, das Schmarotzerbrunnen der Gemeinde hohe Summen ein, eripart höhere Umlagen. In logischer Folgerung dieses Standpunktes aller derer, die noch etwas zu verlieren haben“, eripart sich also, daß die Brandweinschenke der Schule vorzuziehen ist. Aus dieser Geistesrichtung heraus ist es erklärlich, daß heute noch fast überall die Einführung der regelmäßigen ärztlichen Unteruchung der Schulfinder, die Organisation eines städtischen Sanitätsdienstes in den Schulen dem härtesten Widerstande der bürgerlichen Vertreter begegnet. Bis her konnte der Gemeindegeld auf Grund des § 14, wenn er vom Ortschulrate

aufgefordert wurde, nichts mehr tun, als Gutachten und Aufklärungen geben. Es sind ja zum Teil nur Kinder armer Menschen, Kinder von Steuer-Verdienern, welchen die Wohltat der schulärztlichen Behandlung Vorteile bringen würde; aber der Besitz konnte durch einige Umlagenprocente mehr belastet werden. Noch ärger ist die gesetzliche Vorschrift, nach der die Gemeindegelder bei Behandlung von Gemeindegeldern vorzugehen haben. Der § 7 bestimmt: „Bei Behandlung erkrankter Armer hat der Gemeindegeld händlich der Arztvorschreibung den Aufwand an Heil- und Pflegekosten auf das unentbehrlichste Maß zu beschränken.“ Eine Bestimmung von geradezu brutaler Hebe, wieder diktiert von jenem Grundsatze, der sich wie ein roter Faden durch die ganze geltende Gemeindeordnung zieht: „Schutz dem Besitz, Schutz dem Steuerträger“. Auf diesem Grundsatze ist der ganze Wirkungsbereich der Gemeinde aufgebaut.

So ist der Ruf zur Sammlung aller Besitzenden in diesem Wahlkampfe nichts anderes als eine Bedrohung des geringen Fortschritts, der unter dem Einflusse unserer Genossen auf dem Gebiete der Armenpflege und des Gesundheitswesens in vielen Gemeinden erreicht wurde. Er ist eine Bedrohung der Kranken, Alten, Wunden und Weifen, welche auf die Unterstützung der Gemeinden angewiesen sind, nachdem das Bürgerium es bisher verhindert hat, daß die staatliche Alters- und Invaliditätsversicherung für die Arbeiter endlich Gesetz wird. Der Widerstreit der Interessen zwischen Besitzenden und Besitzlosen, welcher in der größten wie in der kleinsten Gemeinde zutage tritt, muß die Arbeiter auf den Plan rufen, ihre Interessen bei dieser Wahl energisch zu verteidigen. „Schutz dem Steuerträger, Schutz dem Besitz“, das ist die Wahlparole aller Bürgerlichen, gegen die weitere Ausgabe der geringen Mittel, welche die Gemeinde zur Linderung der Not der Armen auswenden konnte, erheben sie ihren Kampfruf. Aufgabe der Arbeiter ist es, durch ihre Stimmen diese Wahlparole zurück zu machen. „Schutz dem Steuerverdiener, Schutz den Lebensnotwendigkeiten der großen Massen“ muß unsere Antwort sein.

wie die gesamte deutschbürgerliche Politik. Die ehrlich Gesinnten aber werden zusammen mit allen proletarischen Fühlenden ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgeben.

Ein Pamphlet.

Der samstägigen Auflage des „Prager Tagblatt“, das selber im redaktionellen Teil die Kopplung unserer Liste mit denen der Kommunisten und der Arbeiter-Gruppe sachlich zu beurteilen versucht, war ein Flugblatt des „Deutschpolitischen Arbeitsbundes“ beigelegt, das überhaupt nur aus unerhörten Beleidigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen unserer Partei zusammengesetzt ist. „Maflose Verschwendung des Gemeinvermögens“, „Veranzüchtung einer ebenso zahlreichen und kostspieligen, wie unfähigen Parteibürokratie“, „Protektionswirtschaft“ — dies sind die „Argumente“, mit denen die Prager Kaskaden gegen uns arbeiten. Kein Versuch eines Beweises, kein Schatten einer Begründung für diese gemeinen Anwürfe. „Galtet den Dieb!“ schreien sie, die wahren Verschwender der Gemeinvermögen, die unzählige Kommunen durch gewissenlose Kriegsanleihezeichnungen an den Rand des Verderbens brachten, die patentierten Verwalter des alten Oesterreich, das die dümmsten Söhne der deutschen Bourgeoisie zu Tode regierten, sie, die Nährväter von Gestalten à la Halbhuber, die reichen Bürgersöhne durch Korruption und Bestechung ein fideles Leben im Hinterland erkaufte, während sie die Kinder der Proletarier im Felde, in Kasernen und Spitälern hundertmal zu Tode hesteten. Haben es die Prager Deutschen schon wieder vergessen, daß die Leinwände der Wissenschaft, die Fierde der Prager deutschen Bourgeoisie, Hofrat Professor Dr. Falsch den Schützengraben als Sanatorium für Tuberkulose bezeichnete? Glauben sie, daß man sich der Heferschleifer der 1. k. österreichischen Menschen-schlächter schon nicht mehr erinnert, Herr Professor Dr. Elschütz? Ins letzte Mausloch sollte sich diese moralisch bankrotte Gesellschaft verkrüchten und sie wagt es noch, uns zu begeistern? In perfider Weise macht der „Deutschpolitische Arbeitsbund“ in seinem Flugblatt zwischen den Zeilen eine Andeutung, als ob die deutsche Sozialdemokratie ihren Wahlkampf „im Interesse“ der tschechischen Regierung führen würde. Es ist nicht anzunehmen, daß auch nur ein Mensch diese Verleumdung glauben wird. Jedemfalls aber schreit diese Gesellschaft, in der Börsenschieber, Kriegsgewinner, Wucherer und Gasardspieler die entscheidende Rolle spielen, auch vor dem kleinsten Mittel nicht zurück. Zum Schlusse des Flugblattes, das in seiner Art ein Kulturdokument des Prager deutschen Bürgeriums darstellt, wird der lächerliche Versuch gemacht, die Prager deutsche sozialdemokratische Liste damit zu verhöhnern, daß man bei zwei unserer Kandidaten, einem Advokaten und einem Universitätsprofessor die „Schwieligen Arbeiter-fauste“ vernimmt. Auf die „Schwieligen“ kommt es nicht an, ja nicht einmal auf die Fauste, obwar sie sich bei der Lesüre dieses Pamphlets so manchem gefallt haben mögen. Wir sind die Partei der schaffenden Arbeit, sie mag mit Kopf oder Hand geleistet sein. Nur für jene, deren Gehirne am quibürgerlichen Stammtisch verfaulen wurden, und deren Hände beim Kartenspiel um Tausende Kronen Schwieligen bekommen haben, haben wir kein Verständnis. Deren aber nehmen sich schon andere an, die sie für die „Einheitsliste Nr. 11“ brauchen. Der „Deutschpolitische Arbeitsbund“ hat bestimmt auch für diese Rosenbäume Platz in seinem Einheitsgarten.

Wahlflügen der Deutschgelben.

Der Duxer Tag, das Blatt der deutschgelben Arbeitervertreter, der unter seinen Lesern anscheinend ein Preisanschreiben veranstaltet hat, wer die größte und dickste Wahlflüge gegen die Sozialdemokratie erfindet, schreibt unter anderem, daß Genosse Dr. Strauß im August 1922 in Dux einen Vortrag gehalten hat, worin er die Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft als den einzigen Ausweg aus den wirtschaftlichen Nöten der Gegenwart hingestellt hätte. Diese Behauptung stammt wahrscheinlich vom Abgeordneten Knirsch, dem Herausgeber des „Tag“, der damals bei dem Vortrag anwesend gewesen und der wohl den Ausführungen des Referenten nicht zu folgen imstande war, weil es sich nicht um nationale Phrasen, sondern um einen wirtschaftswissenschaftlichen Vortrag gehandelt hat. Genosse Dr. Strauß hat nämlich damals ausgeführt, daß die Lösung des Reparationsproblems am besten erfolge, wenn Deutschland am Wiederaufbau Rußlands beteiligt werden könnte und einen Teil des Ertrages als Reparation an Frankreich abführen könnte. Wenn der Duxer „Tag“ ferner die Behauptung aufstellt, daß Genosse Strauß bei dem damals gehaltenen Vortrag ausgeführt hätte, die sozialdemokratischen Führer hätten sich im Jahre 1918 einer großen Täuschung hingeegeben, so ist dies natürlich auch nichts anderes als eine faustdicke Lüge. Genosse Strauß hat damals der Meinung Ausdruck gegeben, daß die sozialistischen Arbeiter im Jahre 1918 das Tempo der Entwicklung überschätzt hätten, was aber den größten Gewinnern des wissenschaftlichen Sozialismus schon widerfahren ist, welche die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zum Sozialismus aufgebeckt, aber die Schnelligkeit, mit der sich diese Entwicklung vollzieht, zu gewissen Zeiten (1848) überschätzt hätten. Zur Durchsetzung des Sozialismus ist eben Zähigkeit, Ausdauer und harte Arbeit erforderlich, was die deutschgelben Arbeitervertreter zu begreifen natürlich nicht nötig haben.

Das Eindringen der Demokratie in die Exekutive.

Ueber die Wirkung der von der Sozialdemokratie durchgeführten Verfassungs- und Verwaltungsreform der Gemeinde Wien schreibt die „Arbeiterzeitung“: „Diese Stadt ist in ihrem Innern die Trägerin und Vollstreckerin neuer Gedanken, die Erweckerin neuer staatsbildender und vollberechtigter Kräfte. Denn was bedeutet es, daß der Gemeinderat nicht mehr wie früher eine bloß beschlussfassende Körperschaft ist, sondern in seinen Ausschüssen an der Verwaltung unmittelbar selbst mitarbeitet? Das bedeutet, daß die moderne Demokratie nicht bei der bürgerlichen „Trennung der Gewalten“ stehen bleibt. Diese, die Scheidung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung, entsprach der liberalen Auffassung von der „Nachtwächterrolle“ des Staates, der nicht mehr zu tun habe, als die Ordnung zu behüten, und der, wenn er die Gesetzgebung dem Volke gab, die „Exekutive“ dem Kaiser lassen konnte, da sie nach bürgerlicher Ansicht nichts anderes zu besorgen hatte, als die beschlossenen Gesetze zu vollziehen. Heute bedeutet Verwaltung nicht bloß bürokratische Gesetzesvollziehung, sondern schaffende, fürsorgende, aufbauende Tätigkeit; darum duldet die Demokratie nicht mehr die Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung, darum fordert sie die Mitarbeit gewählter Vertreter in der Selbstverwaltung des Volkes; und darum bedeutet die Verwaltungsreform der Gemeinde Wien das Eindringen der Demokratie in die Exekutive: einen Fortschritt auf dem Wege von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie. Aber die so konstituierten Verwaltungsgremien erlangen eine immer größere Wichtigkeit und Selbständigkeit, das Wohnungsamt, das Wohlfahrtsamt, das Wirtschaftsamts der Gemeinde — alles ehemals beschiedene bürokratische Registrationsabteilungen — sind heute schon rein räumlich gewaltige, von eigenem Leben erfüllte Körper geworden, aus denen sich bereits Unterabteilungen — die Kleingartenstelle, das Jugendamt, die zentrale Häuserverwaltung — loszulösen beginnen. Das ist ein zweites Grundgesetz der modernen Demokratie, das in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung, in der zunehmenden Bedeutung der Parliamentsausschüsse wie in der Schaffung der Elternräte oder der Mietkommissionen zum Ausdruck kommt: die sachliche Arbeitsteilung des öffentlichen Lebens, die immer neue Organe aus den Bedürfnissen der Massen selbst hervorbringen läßt und um so bedeutsamer wird, je mehr Funktionen, die früher die Privatwirtschaft besorgte oder die Polizei diktierte, nun in die organisierte Verwaltung der Gesellschaft übergehen. Und was bedeutet es schließlich, daß nicht mehr der anonyme Beamte den absoluten Bürgermeister und den kontrolllosen Stadtrat lenkt, sondern daß der amtsführende Stadtrat, der Volksminister von Wien, jeden Verwaltungsakt mit seiner Verantwortung deckt? Das ist der Beginn zur Lösung eines dritten großen Problems, zur Verbindung der tragenden Kräfte der modernen Demokratie: des Beamten und des Gewählten. Nicht mehr heimlich mächtige Bürokraten und bloß beschließende Volksvertreter, sondern gewählte verantwortliche Verwalter und ihnen zur Seite beamtete sachliche Berater — das ist die Demokratie in der sozialdemokratischen Stadt Wien.“

„Vorwärts“-Phantasien.

Der Reichsberger „Vorwärts“ hat sich aus Böhmisches-Leipa einen Bericht kommen lassen, der an Verdrehungen und Unwahrheiten überfließt und den Gipfel bolschewistischer Lügengunst darstellt. So wird unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß in Dirschberg die Sozialdemokraten mit Bürgerlichen (!) eine „unparteiliche“ Kandidatenliste aufgestellt haben, an deren Spitze der Graf Waldstein (!) steht. Nach diesem Listenführer marschieren abwechselnd Sozialdemokraten und Bürgerliche in holder Eintocht auf“. Natürlich ist an der ganzen Geschichte auch nicht ein Wort wahr: in Dirschberg kandidiert unsere Partei überhaupt nicht, weder allein, noch mit den Bürgerlichen, geschweige denn mit einem Grafen Waldstein!

Eine Krone Entree

verlangten die Gelben von den Teilnehmern einer öffentlichen Vereinsversammlung — eine Wählerversammlung wagten sie nicht einzuberufen —, die sie in Fischern bei Karlsbad veranstalteten. Um nun zu verhindern, daß nicht allzuvielen wirklichen Arbeiter in die Versammlung kommen, hob die „Arbeiter“-Partei dieses Eintrittsgeld ein. Trotzdem erschienen unsere Genossen in großer Zahl, drängten in den Saal, Polizei mengte sich ein, die Veranstalter riefen nach ihrem mit Knütteln bewaffneten Stützpunkt, der deswegen genug war, auf die Arbeiter loszuschlagen: überflüssig zu sagen, daß die Knüttel-schläger den Kürzeren zogen und daß ihnen der Angriff recht übel bekam. Ueber Intervention unserer Vertrauensmänner wurde dann die Polizei zurückgezogen und Verhandlungen mit den Veranstaltern der Versammlung eingeleitet, die damit endeten, daß die Gelben auf die Abhaltung der Versammlung verzichteten. Sie haben sich eben den Grundsatze Luegers „Nieber feig als dumme“ zu eigen gemacht. Unsere Genossen betrie nun sofort eine eigene Wählerversammlung im selben Saale ein. In einer kurzen Darstellung brandmarkte Abg. Genosse Hillebrand das Vorgehen der Gelben und zeigte an ihrer Vergangenheit den Klassenverrat

Die Gemeindegewahlen.

Deutschbürgerlich-tschechische Kompromißlisten.

Die Anhänger der grünen Internationale, die bei uns im „Bund der Landwirte“ organisiert sind, werfen in ihrer Presse den deutschen Sozialdemokraten oft vor, daß sie nationallos, anational, nationverräterisch sind und wie die Schlagworte noch weiter heißen mögen. Wie nun aus Südböhmen gemeldet wird, finden in einer ganzen Reihe von Orten keine Wahlen statt, da dort Kompromißlisten der deutschen Landbündler mit den Tschechen aller Richtungen aufgestellt wurden. In die Gemeindegewahlen, die dort bisher ausschließlich deutsch waren, kommen nunmehr tschechisch-bürgerliche Parteigänger. In Lodenitz, wo jahrelang der agrarische Senator Sukfah Bürgermeister war, und wo die Landbündler in der überwiegenden Mehrheit sind, wurde ebenfalls eine einheitsliche tschechisch-deutsche Kandidatenliste überreicht. Daher entfallen die Wahlen und die Tschechen bekommen — wie wir in den „Lidove Roviny“ lesen — fünf von fünfzehn Mandaten.

Doch auch die Deutschnationalen, diese echten deutschen Männer, die vermeinen, das Deutschtum in ewige Nacht genommen zu haben, sind so konsequent wie ihre ganze Politik überhaupt. Nur wenn sie Stimmen fangen können! In der südböhmischen Stadt Kapliß erglänzt auf ihrer Kandidatenliste auch ein Herr Riba, Führerbestreiter, der als tschechischer Agitator gut bekannt, noch nie ein Vehl aus seinem tschechischen Chauvinismus gemacht hat. Wenn es gegen die deutschen Sozialdemokraten geht, verbinden sich die Nationalpartei mit jedem, auch mit einem tschechischen Nationalisten.

Die Prager Hakenkreuz-Juden.

Der „Deutschpolitische Arbeitsbund“ — dies der Name des Prager jüdischdemokratisch-antisemitischen, national-lexikalischen deutschbürgerlichen Wahlvereins — schlägt wie besessen ein, daß seine fühne Hoffnung, die deutschen Sozialdemokraten würden mit ihm koppeln, so jäh zunichte gemacht wurde. Sämt den Seinen hat nun Herr Albert Wesselsky, der Chefredakteur der „Bohemia“, den Seidenhandschuh abgestreift, die plumpe Hand des alten Schönerrianers kommt wieder zum Vorschein, der alte deutsch radikale Korpsstudent führt nun wieder in der „Bohemia“ die Feder gegen die Sozialdemokratie und raffelt dabei mit dem Schläger, daß es dem braven Juden Edstein beinahe zu viel wird. Die „Bohemia“, die sonst immer mit Rücksicht auf die Achtmeintlichkeit ihrer anti-antisemitischen Abonnenten nur sanfte Töne anschlägt, ist ja jetzt zugleich auch das Sprachrohr des deutschnationalen Reden Führers und des hakenkreuzlerischen Ugermanen Nabratiil geworden und diese beiden samt dem Pfaffenbrüderchen Ripka verlangen nach einem stärkeren Frau als es die blasse Klassenversöhnungslimonade der Sozialdemokraten ist. Eine Flut von Beschimpfungen ergießt sich aus dem Abzugsrohr des Herrn Dr. Kassa in der Prager Liliengasse über unser Haupt, weil wir mit der sympatischen Gesellschaft der Prager

deutschbürgerlichen Wismaschliste absolut nichts zu tun haben wollen und die Koppelung, zu der uns ein verpantes Wahlgesetz zwingt, mit oppositionellen proletarischen Parteien vollzogen haben. Die Prager Hakenkreuz-Juden wissen ganz gut, daß alle, die sich ein halbwegs intaktes Reinlichkeitsgefühl bewahrt haben, sich von der widerwärtigen Verbrüderung der Semiten und Antisemiten, der „Demokraten“ und Rönlinge abwenden werden, daß keinem arbeitenden Menschen in Prag die Wahl zwischen der deutschbürgerlichen Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Liste der deutschen Sozialdemokraten schwerfallen wird. Und je auffällender der hakenkreuzige Dr. Edstein und der jüdisch-stimmensuchende Nationalsozialist Nabratiil den Schwindel von den „verlorenen deutschen Stimmen der Sozialdemokraten“ betreiben, desto klarer wird die Antwort der Wähler sein.

Ober glauben die Kandidaten des „vornehmen“ Prager deutschen Bürgeriums auf die Intelligenz der Ärzte und Juristen, der Bankbeamten und Ingenieure zu wirken, wenn sie den Wahlkampf gegen uns mit folgenden „Argumenten“ führen: „Entstellungen“, „Verleumdungen“, „Lügen“, „unerhörte Unverschämtheit und Verlogenheit“, „aufgeblasene Pose“, „ekelerregend“ usw. usw.? Wir glauben nicht. „Ein für allemal erledigt“ sind wir auf dem Prager Boden, schreibt die „Bohemia“, mit Ausnahme „von ein paar Unentwegten, die mit ihrer Existenz an der Partei hängen“. Die Angestellten und Arbeiter, alle Anstaltigen, die sich ein unabhängiges Urteil bilden dürfen, mögen am 16. September diese Niedertracht beantworten, die da die bezahlten, gesinnungslosen Soldschreiber des charakterlosen Arbeitsbundes begingen. Dieses „noble“ Bürgerium, das uns noch bei jeder Wahl tosfage, wird — auch in Prag — noch seine Wunder erleben.

Sie, die Edstein und Fühner, wagen es, an der „nationalen Zuverlässigkeit“ der deutschen Sozialdemokraten zu zweifeln. Sollen wir ihnen ein paar Namen deutschbürgerlicher Politiker nennen, die in Prag ihren Kindern Privatunterricht erteilen lassen und so die Prager deutschen öffentlichen Schulen in Gefahr bringen? Sollen wir ihnen eine Geschichte aus dem Prager Rathaus erzählen, wo sich in inniger kapitalistischer Verbrüderung die Deutschbürgerlichen mit den Nationaldemokraten gegen die gesamte Front der sozialistischen Parteien zusammensanden? Sie, die Verwaltungsräte der deutschen und tschechischen Banken, die Abwürger des Bankbeamtenstreiks, haben die Stirn, aber und abermals der deutschen Sozialdemokratie die Schuld am Zusammenbruch dieses Streiks in die Schuhe zu schieben? Die Ausbeuter der Bankbeamten erfreuen sich, um deren Stimmen zu betteln? Wir hoffen, daß die Antwort der Bankbeamten gründlich ausfallen wird und daß deren Organisation die Ehrenbeleidigung ihrer Führer durch die „Bohemia“ entsprechend austragen wird, die den Bankbeamten weniger „Leichfertige“, „gewissenhaftere“ Führer wünscht!

Mit der nationalen Phrase werden die Deutschbürgerlichen, die Schuldigen an dem Unglück des deutschen Volkes, seinen Hund vom Ofen hervorlocken. Ihre Liste werden wählen alle jene, die ebenso charakterlos sind

dieser angeblichen „Arbeiterpartei“ auf, worauf Genosse Breit die Versammlung schloß, die begeistert hat, wie dreist die gelben Franghunde des Kapitals sich wieder in den Vordergrund wagen.

Ein Todesopfer des Wahlkampfes.

Aus Bregburg meldet das Bregbüro vom 10. September: In Bystřiz (Kreis Bratislava) kam es gestern abends in einem Gasthause zwischen Angehörigen der sozialdemokratischen Partei und der Volkspartei zu einem Streite. Der Stuhlrichter ließ das Gasthaus räumen, doch setzte sich der Streit auf der Straße fort. Der Unterstuhlrichter Ludwig Belovik, ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, geriet mit dem Bauern Johann Fabianek, einem Mitgliede der Volkspartei, auf dessen Hof in Streit. Auf den Ruf auf den Hof, wo sie Belovik verwundet fanden, der mit einem Buchenscheit aus dem dort lagernden Hausen niederschlagen worden war. Belovik erlangte nach Bewußtlosigkeit nicht mehr und starb heute morgens sechs Uhr. Fabianek wurde verhaftet und der Staatsanwaltschaft eingeliefert.

Militärische Wahlmacht.

Eine Reihe von zu den Mäandern eingerückten Reservisten richteten ein Schreiben an den Abg. Genossen Schweichhart, in dem es heißt: „Am Freitag, den 31. August mußte unsere ganze Kompanie auf einem Bauernhof in Bratic bei Visti, wo wir damals im Quartier lagen, antreten, worauf jeder einzelne Soldat durch einen Leutnant in die als Schlafstätte dienende Scheuer gerufen wurde. Dort mußte jeder politische Flugchriften und Zeitungen geforscht. Dann wurde jeder einzelne Soldat gefragt, ob er Kommunist sei. Wenn er es nicht sagen wollte, wurde der Mann Gewalt, wie er bei den Gemeindevahlen stimmen werde. Ob dieser jeder Demokratie höhnsprechende Vorgang auf höheren Befehl erfolgte oder dem latenten Verlangen des betreffenden Offiziers entsprang, ist nicht festzustellen. Einige Reservisten hatten den Mut, mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge zu halten und dem Offizier zu erklären, daß die politische Ueberzeugung jedermanns Privatsache sei.“

Unsere Wählerversammlungen.

Am vergangenen Sonntag fanden in hunderten von Orten Wählerversammlungen unserer Partei statt, die den Rechenschaftsbericht unserer Gemeindefraktionen zur Kenntnis nahmen und überall einen glänzenden Besuch aufwiesen. Raummangel halber können wir nicht über alle Versammlungen Bericht erstatten und beschränken uns auf folgende Versammlungen: In Komotau war unsere Partei die einzige von allen politischen Parteien, die öffentlich vor der Wählerschaft Rechenschaft über ihr Wirken in der Gemeindevertretung ablegte. Genosse Weigel, der in der Versammlung referierte, kam im Verlaufe seiner Ausführungen auf die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde Komotau zu sprechen, die durch die Bürgerlichen verschuldet wurde, indem sie während der Kriegszeit die Umlagen herabsetzten und große Beträge für Kriegsanleihe zeichneten. Als in der Debatte Abgeordneter Genosse Kaufmann die erbärmliche Haltung der Nationalpartei zum Bergarbeiterstreik erwähnte, regnete es Pfuirufe gegen die deutschnationalen Soldknacke der jüdischen Grubenbarone. — Die erste deutsche Wählerversammlung von Groß-Dunich war von unserer Partei veranstaltet. Das Referat des Genossen Dr. Kraus wurde mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Mit der Aufforderung zu intensiver Arbeit wurde die Versammlung geschlossen.

Eine kommunistische Lüge.

Das „Rudé Pravo“ hat vor einigen Tagen behauptet, daß die deutschen Sozialdemokraten in Podlešitz (Bezirk Pödersam) eine gemeinsame Kandidatenliste mit dem Bund der Landwirte aufgestellt hätten. Demgegenüber stellen wir fest, daß in Podlešitz unsere Partei keine Liste aufgestellt hat und daß sie auch mit keiner anderen Partei Wahlvereinbarungen getroffen hat. Unser Vertrauensmann wurde vom Bund der Landwirte aufgefordert, auf der Liste des Bundes der Landwirte zu kandidieren. Er hat dies energisch abgelehnt, was wir hiemit feststellen. Die Behauptung des „Rudé Pravo“ beruht somit auf Erfindung.

Die Arbeit einer sozialdemokratischen Gemeinde.

Wien, 10. September. (Eigenbericht.) Die Gemeinde Wien hat beschlossen, im Laufe von fünf Jahren 25.000 neue Wohnungen zu bauen und jährlich 400 Millionen darauf zu verwenden.

Effizientkopplungen in Prag. Die deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag hat ihre Liste mit den Listen der Sozialistischen Einigung (Arbeitsgruppe) und mit den Kommunisten gekoppelt. Dies ist nun der Anlaß für das „Ceske Slovo“, gegen die Arbeitsgruppe mit großem Geschrei aufzufahren. Der Blatt ist sehr erregt über diese Tatsache und verleiht sich zu dem Ausruf: „Am Gotteswillen! Kann die Wählerschaft die höheren Interessen vergessen, kann sie vergessen, daß sie verpflichtet ist, den Staat, der so schwer erlumpft wurde, zu erhalten?“ Der Staat ist also wieder einmal in Gefahr, und zwar deswegen, weil unsere Partei in Prag mit der Arbeitsgruppe koppelt.

Wie schwach müssen die Grundlagen dieses Staates sein, wenn er schon durch eine Listenkopplung erschrocken wird! Ihre Kandidatenlisten haben in Prag neun Parteien von insgesamt fünfzehn kandidierenden Parteien gekoppelt. Es sind dies außer den oben genannten: die tschechischen Agrarier, die ihre Liste mit der Bauernpartei gekoppelt haben, die politischen Gewerbetreibenden mit der Wirtschaftsbereinigenden Sozialisten und die tschechischen Nationalsozialisten mit den tschechischen Sozialdemokraten.

Aus der Bregburger Wahlbewegung. Die deutschen Sozialdemokraten, die ungarischen Sozialdemokraten, die Arbeitsgruppe und die Kommunisten koppeln ihre Listen. Die tschechischen Sozialdemokraten koppeln mit den übrigen Koalitionsparteien, die Slowakische Arbeiterpartei koppelt mit der Hlinkischen Volkspartei. Eine deutsche Wählerversammlung findet am Donnerstag den 13. September um sieben Uhr abends im kleinen Redoutensaal statt. Es sprechen die Gen. Kandidaten Kalmor und Maszar, sowie Abg. Genosse Dr. Haas. Die Gemischtwaren- und Kleinhändler von Bregburg hatten am selben Tage um sieben Uhr abends im Hotel „Zum goldenen Hirschen“ eine Versammlung ab, bei der Kandidat Genosse Ludwig Rest sprechen wird.

An alle Bezirksorganisationen.

Zu den Gemeindevahlen!

Wir richten an alle Bezirksorganisationen das höchste und dringende Ersuchen, am Sonntag, den 16. September, am Tage der Gemeindevahlen, zwischen vier Uhr nachmittags und elf Uhr abends die Redaktion des „Sozialdemokrat“ unbedingte telephonische Anzureden und die Ergebnisse der Gemeindevahlen im Bezirke unter Angabe der einzelnen Orte mitzuteilen. Die Redaktion ist an diesem Tage zu erufen unter den Telephonnummern 6795 und 3667 (nicht aber unter der Telephonnummer der Nachredaktion).

Sekretariat der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik. Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Inland.

Die Kroaten an Dr. Aramarsch. Die „Nar. Lijst“ haben den Kroaten den Vorwurf der Staatsfeindschaft gegenüber dem SSS-„Staat“ gemacht. Darauf antwortet der „Sozialdemokrat“, daß es gerade die Kroaten gewesen seien, welche die Idee der Staatseinheit getragen und verwirklicht hätten. Nicht staatsfeindlich sei die Haltung des größten Teiles des kroatischen Volkes, sondern regimiseindlich, da es der Politik der Regierungspartei zuschreiben sei, wenn die Staatseinheit immer mehr und mehr gefährdet erscheine. Wenn von der tschechischen, speziell von einem Teil der Prager Presse, alles lübe in Jugoslawien den Kroaten in die Schuhe geschoben wird, so sei dies eine schlecht eingehende Parteilichkeit, umso mehr, als der „Objor“ besonders in der Frage der tschechisch-deutschen Beziehungen die Interessen des tschechischen Volkes, allerdings nicht der imperialistischen Politik Dr. Aramarsch, vertreten habe. Dr. Aramarsch dürfe nicht den Ruhm in Anspruch nehmen, das richtige Rezept der Politik gegenüber den Deutschen Böhmens gefunden zu haben. Diese seien ein Teil einer zusammenhängenden ethischen Masse. Deshalb dürfe man auf sie nicht die Methoden des verstorbenen Oesterreich anwenden. Jedenfalls sei es ein großer Irrtum, wenn Dr. Aramarsch glaube, die Deutschen würden vielleicht Jahrhunderte lang in der ihnen aufgezwungenen Lage verbleiben.

Der neunte Kongreß der tschechoslowakischen nationalsozialistischen Jugend fand am Samstag und Sonntag in Prag statt. Es nahmen 386 Delegierte teil, die 24 Organisationen vertraten. Nach den Begrüßungen berichtete am ersten Verhandlungstage über den Stand der Bewegung Burian, über die sozialistischen Forderungen Abgeordneter Spatny, über die Aenderung der Organisationsform Reich. Nach einer nunmehrigen Debatte wurde der „Verband der tschechoslowakischen sozialistischen Jugend“ gegründet, dessen Aufgabe es ist, die gegenwärtige Losform der Organisation zu erleichtern. Am zweiten Verhandlungstage referierten über die kulturelle Sendung der sozialistischen Jugend und über den Kampf gegen die Reaktion Kandršel, über die körperliche Ermüchtigung Reich, über die internationalen Beziehungen, den Militarismus und den Weltfrieden Spatny, über die Aufgaben der weiblichen Jugend Capy, über Jugend und Alkohol Benesch. Da über die Debatte im parteiamilischen Verichte nichts gesagt wird, ist es wahrscheinlich, daß sich auf dieser Tagung auch oppositionelle Stimmungen erhoben. Ein großer Teil der tschechisch-nationalsozialistischen Jugend verurteilt nämlich die jetzige chauvinistische Politik der Partei, was allerdings vom „Bondsmit“ (Montagsblatt der tschechischen Nationalsozialisten) verheimlicht wird.

Eine offiziöse Stimme über unser Verhältnis zu Ungarn. Das dem Außenminister nahestehende „Ceske Slovo“ stellt die Frage: „Können wir Ungarn Hilfe anbieten?“ und antwortet: „Nach vor einigen Tagen sei die Situation ganz anders gewesen. Horvath's Rede aber und die Äußerung des Ernsthenden habe das alte Mißtrauen gegen die ungarische Politik gestärkt. Aller Aufmerksamkeit werde es bedürfen, bevor man die Frage der wirtschaftlichen Hilfe definitiv beantwortet. Ungarn brauche die Hilfe. Die Aufhebung der Generalpandrechte sowie die Anleihe seien Ungarns Lebensproblem. Vor dem Angebot werde Horvath anders sprechen müssen. Mit den Ernsthenden müsse abgerechnet werden. Werden nach dieser Richtung hin nicht die zuzuhaltenden Garantien gegeben, dann werde die Sprache über die wirtschaftliche Hilfe schwierig sein.“

Ausland.

Ostpreußen, das Bayern Preußens.

Die Aushebung der faschistischen Geheimorganisation „Tatbereitschaft“ in Königsberg hat die Kämpfungen der reaktionären Verbände in Ostpreußen blutig beleuchtet. Genau so wie in Bayern nennen sich diese Verbände „national“ und „vaterländisch“. In den letzten Sitzungen des Provinziallandtages hat die sozialdemokratische Partei energische Vorstöße gegen den Heimatsbund unternommen, doch scheiterte ihre Aktion an den Provinzialbehörden, die ihren Glauben an die Ehrlichkeit der reaktionären Führer des Heimatsbundes nicht fallen ließen.

Das, was sich im Laufe der letzten Tage auch für die Provinzialbehörden positiv hat feststellen lassen, ist folgendes: Neben der ausgehobenen Geheimorganisation bestehen in Ostpreußen andere Organisationen. Fast in jedem Kirchspiel der Provinz sind Reitervereine gebildet, die schon bei verschiedenen Gelegenheiten ihre durchaus reaktionäre Tendenz bewiesen haben. Außerdem bestehen an vielen Orten, besonders auf dem Lande, „Kleinallibervereine“, das sind Vereine, die den „Schießsport“ mit Kleinalliberbüchsen, in der Hauptsache ungararbeitslose Militärgewerke, managen. Die deutschnationalen Jungdeutschen „Orden“ sind es die deutschnationalen Jugendbünde der Bund „Alt-Preußen“, Graf Hork von Wardenburg, „Aktionismus“, und Geheimorganisationen wie die „Tatbereitschaft“. Alle Jugendorganisationen sind rein deutschnational ausgezogen. Reitervereine, Kleinallibervereine, Jugendorganisationen und Geheimorganisationen werden vom Heimatsbund zusammengefaßt, von ihm organisiert und finanziert, erhalten Kurse, in denen z. B. neben anderen deutschnationalen auch Stabler gesprochen hat, und werden in ständigen militärischen Übungen an Gewehr, Leichten und schweren Maschinengewehr, als Nachrichtentruppen usw. ausgebildet.

Die Waffen für die Ausbildung und Ausrüstung dieser Vereine besitzt der Heimatsbund in eigenen Waffenlagern, die auf dem Lande bei reaktionären Gutsbesitzern untergebracht sind. Ein Teil dieser Waffenlager ist durch die eifrige Tätigkeit der Wehrdienst beschußnahmen und vernichtet. Andererseits bestehen zwischen Heimatsbund und Reichswehr Verbindungen, die sich bisher der Kontrolle entzogen. In Einzelfällen, wie z. B. bei Schießübungen einer reaktionären Studentenverbindung, eines „Kleinallibervereins“ in Königsberg, war das Gelände des Reichswehrrschießplatzes durch die Reichswehrbehörden zur Verfügung gestellt, trotzdem bei den Reichswehrbehörden über den Charakter des Bundes kein Zweifel bestehen konnte.

Im Oberpräsidium scheint sich nunmehr durch die bei der Aufhebung des Heimatsbundes festgestellten Tatsachen ein Umschwung in der Haltung gegenüber den Organisationen des Heimatsbundes bemerkbar zu machen. Man erwartet für die nächsten Tage ein Verbot der Reitervereine und der Kleinallibervereine, ebenso ein Verbot der Organisationen, die ähnlich wie die „Tatbereitschaft“ ausgezogen sind. Angesichts der Tatsache, daß die leitenden Männer des Heimatsbundes, zugleich führende Mitglieder der deutschnationalen Volkspartei sind, deren Vorsitzender Hergt in Danzig sagte: „Wenn wir nicht die Regierung haben können, die wir in der Vergangenheit gehabt haben, das Kaiserhaus, so müssen wir eine Diktatur schaffen, die mit den erforderlichen Nachmitteln ausgestattet werden muß“, muß von den Provinzialbehörden die gleiche Stellungnahme wie gegenüber den Reitervereinen usw. auch gegenüber dem Heimatsbunde selbst verlangt werden. Die Zeit der stillschweigenden Duldung wird vorüber sein, soll sich nicht die Gefahr für Ostpreußen zu einer Gefahr für das ganze Reich auswachsen. Schon erwägt man die Wiederaufröschung der Autonomiefrage, die „Freieingung“ Ostpreußens von der sozialdemokratischen Regierung in Preußen und im Reich. Haupttriebfeder dazu wie zu allen reaktionären Umtrieben sei neben der Verärgerung über die Aushebung des früher überwiegend deutschnationalen Einflusses auf die Staatsverwaltung die neue Steuerbelastung des Reiches, die auch dem Besitzvermögen bringe.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 10. September. Wie die Pariser Blätter melden, ist am Bahnhof Mont d'Ancres eine Lokomotive auf einen Personenzug aufgefahren. 12 Personen sind verletzt worden.

Telegramme.

Deutschland am Kreuzwege.

Die Sonntagsrede Poincarés.

Paris, 9. September. (Havas.) Ministerpräsident Poincaré hat heute bei der Einweihung eines Kriegerdenkmal in Cambillers eine Rede gehalten, in der er u. a. ausführlich zu hören, daß der neue Reichsvertrag uns jetzt andere Pfänder vorschlägt, als das Ruhrgebiet und die Eisenbahnen im besetzten Gebiet, aber wir ziehen es vor, etwas in der Hand zu haben, als einer Sache nachzulaufen. Die Garantien, von denen man spricht, würden der allgemeinen Hypothek auf sämtlichen Besitz der Alliierten geben, nichts herzufügen. Wir ziehen die positiven Pfänder vor, die wir in der Hand haben und werden sie nicht gegen generelle Pfänder freigeben, die vielleicht auf dem Papier aufgezeichnet wären, deren Ertrag uns aber entgehen würde. Wir wollen Realitäten, und wir werden erst abziehen, wenn wir bezahlt sind. Reichsminister Stresemann erklärte nachdrücklich, daß ein enges Zusammenwirken zwischen den einander ergänzenden Industrien Deutschlands und Frankreichs eine ausgezeichnete Einleitung zur Regelung der Reparationen und zu einem endgültigen Friedensstatut sein würde. Schon im Dezember vorigen Jahres hatte der damalige Reichsminister Dr. Cuno mir durch seinen Postfachverhandlungen mit den deutschen Industriellen angeboten lassen, um Abmachungen mit den französischen Industriellen vorzubereiten, und es trifft allerdings zu, daß die Industrien der beiden Länder, da Deutschland Kohlen und Zirkonerz fördert, eines Tages ein Interesse daran haben werden, sich miteinander zu verständigen.

Aber der Franzosen, die an diesen wirtschaftlichen Unterhaltungen am meisten interessiert sind, haben begriffen, daß sie, bevor sie an deren Vorbereitung gehen, der französischen Regierung Vorbereitungen müssen, bezüglich des Reparationsproblems Sicherheiten und Ergebnisse zu erlangen. Die Frage, die alle anderen beherrscht, die Frage, die in erster Linie alle unsere Sorge erfordert, ist in der Tat die des Wiederaufbaues unserer zerstörten Gebiete. Wenn wir sehen, daß Deutschland aufrichtig entschlossen ist, diese Frage zu regeln und uns für unsere Sicherheit etwas anderes als Versprechungen zu geben, dann werden wir die mögliche Boreingenommenheit die Wirtschaftsverträge abzuschließen. Aber dann möge Deutschland beginnen, sein Verhalten zu ändern, und endlich seinen guten Willen zeigen, dann möge Deutschland auf Vorwände und Zweideutigkeiten verzichten, dann möge Deutschland sich ein für allemal entschließen, ernsthaft Anstrengungen zu machen und sich in die Lage zu versetzen, seine Schulden zu bezahlen. Bisher stellen wir nicht fest, daß seine Absichten sich in sehr fühlbarer Weise geändert hätten; der Ton hat sich geändert — das Lied ist fast das gleiche geblieben.

Wenn die deutsche Regierung sich einmal damit beschäftigen würde, die Korrespondenzen Thiers mit dem Grafen Saint Vallier und mit Manteuffel nachzulesen, dann würde sie es besser bezugeteilen, wie eine Nation, die die beste Absicht hat, sich von ihren Verpflichtungen zu befreien, sich betragen kann und muß, Deutschland steht am Kreuzwege. Wenn es sich retten will, so ist dazu noch Zeit.

Wenn es weiter bei seiner Katastrophe verbleibt, dann wird es Katastrophen herbeiführen, für die wir nicht verantwortlich sein werden.

Der erste Schritt zur Verständigung? Freundschaftliche Aufnahme von Poincarés Rede in Berlin.

Berlin, 10. September. (Eigenbericht.) In der ausländischen Presse häufen sich die Meldungen darüber, daß bereits die ersten inoffiziellen Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung begonnen hätten. Daran ist vorläufig nur so viel richtig, was ohnehin bisher bekannt war, daß die Regierung nichts veranlaßt, um zu direkten Verhandlungen mit Frankreich zu gehen und damit zu einer Verständigung des Ruhrkonflikts zu kommen. Es ist kein Geheimnis, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands dahin drängt, die jetzige Situation zu beenden, und die Regierung handelt in Uebereinstimmung mit der gesamten Bevölkerung, wenn sie, um das Ziel der Verständigung zu erreichen, die sich wertigen materiellen Opfer auf sich zu nehmen bereit ist. Allerdings ist in der Rede, die gestern Poincaré gehalten hat, zunächst nur wenig Entgegenkommen auf die deutschen Anstrengungen zu entdecken; der einzige greifbare Satz scheint der zu sein, worin er anerkennt, daß der Ton in den deutschen Regierungserklärungen sich geändert habe. Mittwoch wird voraussichtlich der Reichsminister von neuem das Wort ergreifen und darin offen die Garantien angeben, die Deutschland bieten will, um das Ruhrgebiet von der eigenen Gewalt Herrschaft zu befreien.

Von der inoffiziellen Frühlingnahme kann vorläufig gesagt werden, daß sie den ersten Schritt zu einer Verständigung bedeutet; ist zu erkennen, daß sich daran wirkliche Verhandlungen knüpfen werden, wird es die Regierung nicht unterlassen, den Posten des deutschen Postfachverhandlungers in Paris wieder zu besetzen.

Ein Kongreß der Rheinischen Separatisten.

Paris, 9. September. Wie verschiedene Nachrichtenblätter aus Mainz melden, findet heute in Bonn ein Kongreß der Rheinischen Sonderbündler

statt, bei dem die Redner die Politik Berlins, welche das Rheinland zur Verarmung und zur vollen Desorganisation bringt, verurteilt. Es wurde die Einführung einer rheinländischen Währung und die Schaffung einer selbständigen Republik gefordert, in welcher kein Staat seinen Einfluß geltend machen könnte. Hierauf wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche mit der in Koblenz am 20. Juli d. J. angenommenen gleichlautend ist.

Wieder ein Todesurteil.

Düsseldorf, 8. September. (Havas.) Der Student Raab, welcher eingestanden, gegen eine französische Truppenabteilung eine Granate geschleudert zu haben, ist zum Tode verurteilt worden.

Eine deutsche Goldnotenbank.

Berlin, 10. September. (Wolff.) Das Reichs-kabinett beschloß in seiner heutigen Sitzung mit der Währungsfrage. Es wurde einstimmig beschlossen, die Lösung dieser Frage auf dem Wege einer Goldnoten-Bank zu suchen, die bei voller rechtlicher Selbständigkeit und unbedingter Unabhängigkeit von den Reichsfinanzen in organischer Verbindung mit der Reichsbank ihre Tätigkeit ausüben soll. Die Arbeiten zur Errichtung der Goldnotenbank werden sofort in Angriff genommen werden, damit die Bank soweit als irgend möglich praktische Tätigkeit treiben kann.

Stillstand in der Devisenhausse.

Berlin, 10. September. (Eigenbericht.) Die Devisenhausse ist augenblicklich zum Stillstand gekommen; es ist aber der merkwürdige Zustand eingetreten, daß die Marknotierung an den ausländischen Börsen beträchtlich günstiger ist als die entsprechende Dollarnotierung in Berlin. Daraus ist zu schließen, daß es in der Hauptsache spekulative Kreise in Deutschland sind, die eine Besserung des Marktkurses zu verhindern suchen.

Zeigner über die deutsche Inland-, Ausland- und Wirtschaftspolitik.

Dresden, 8. September. Ministerpräsident Dr. Zeigner teilte in einer Rede in Dresden mit, daß im April und Mai die Tschechoslowakei, die Schweiz und Holland versucht hätten, eine Plattform für die deutsche Politik zu schaffen, um einen Ausgleich des Ruhrkampfes mit Frankreich zu ermöglichen. Reichskanzler Cuno habe aber abgelehnt. Weiters teilte er mit, daß kürzlich in Bautzen ein paar junge Leute verhaftet worden seien, die abgehandelt worden waren, um ihn auf seinem Erholungsurlaub in Zimmwald an der sächsisch-böhmischen Grenze zu ermorden. Hierauf berichtete er aus der letzten Sitzung der deutschen Ernährungsminister, daß der bayerische Minister Wuythofer erklärte, an eine Durchführung der neuen Steuergesetze sei in Bayern nicht zu denken, ebenso nicht an neue Getreide- oder Kartoffelumlagen. Weiters erklärte Ministerpräsident Zeigner, daß die Mitglieder der geheimen Rechtsorganisation jetzt auf 600.000 Mann geschätzt würden. In der gestrigen Sitzung des Reichsratsausschusses sei erklärt worden, daß wir auch bei Freigabe des Ruhrgebietes nicht sofort würden darüber verfügen können. Jeder Tag des Ruhrkampfes koste 3 Goldmark per Kopf der Bevölkerung. Für die Heranschaffung von Fett allein brauche Deutschland 65 Goldmillionen monatlich. Zum Schluß verlangte Zeigner ein brutales Eingreifen der Reichsregierung und u. a. auch die Erfassung der Goldreserven im Besitze der Privaten, Kirchen und Museen, um zu retten, was noch zu retten sei.

Heute Austragung des Konfliktes Zeigner-Gehler.

Dresden, 10. September. (Tsch. P. B.) Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, findet morgen, Dienstag, unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert die entscheidende Konferenz zwischen dem Reichskanzler Dr. Stresemann, dem Reichswehrminister Dr. Gehler und dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner über dessen zahlreiche Beschwerden gegen die Reichswehr und Minister Gehler statt.

Radel über die deutschen Kommunisten.

Ein vernichtendes Urteil.

Berlin, 10. September. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Parlamentsdienst veröffentlicht einen diffizilen Geheimbericht Radel's an Tschischewin über die Vorgänge während des Generalkongresses, worin es heißt: Die deutsche kommunistische Partei hat gezeigt, daß sie zu ernstlichen und entschlossenen Handlungen vollkommen unvorbereitet war und das Geld, das sie bisher geschickt haben, einfach sorglos verworfen ist. Die proletarischen Hundstscharen haben sich als schlecht organisierte Banden halbwegslicher Jungen erwiesen, die zu keinem entscheidenden Schritte zu gebrauchen sind. Alle Veteuerungen des Aktionskomitees von Disziplin und zweifelloser Ergebenheit haben sich als übertrieben herausgestellt. Im entscheidenden Moment hatte das Zentrum den Kopf verloren; daher hatte die Bewegung einen wilden pogromartigen Charakter angenommen und jegliche Verbindung mit dem Aktionszentrum verloren. Radel ist der Ansicht, daß in der Zeit vom 10. bis 15. August so viel Dummeheiten gemacht wurden, daß es unmöglich ist, sie im Laufe des Winters wieder gut zu machen.

Beilegung des italienisch-griechischen Konfliktes.

Der Vermittlungsvorbehalt der Völkerverkonferenz von Italien und Griechenland angenommen.

London, 8. September. (Rundfunk.) Der Text der gestern nach Athen überbrachten Note der Völkerverkonferenz ist heute veröffentlicht worden.

In der Einleitung der Note wird bemerkt, daß die Konferenz die griechische Antwort auf die Note der Völkerverkonferenz in der Angelegenheit der Mordtat bei Janina zur Kenntnis genommen hat, und zwar insbesondere den Umstand, daß im Falle der Feststellung der Verantwortlichkeit Griechenlands, es alle Reparationen anerkennen werde, welche die Konferenz als gerecht ansieht, und daß die griechische Regierung geneigt ist, eine Untersuchungskommission einzusetzen, welche die Verfolgung der Schuldigen beschleunigen soll.

Die Konferenz kommt nach Aufzählung einer Reihe von belastenden Umständen zu dem Schluß, von Griechenland nachfolgende Reparationen zu verlangen:

1. Der höchste militärische Würdenträger spricht vor den Athener diplomatischen Vertretern jener drei alliierten Großmächte, deren Delegationen Teile der Grenzfeststellungskommission sind, sein Bedauern aus.
2. Zum Andenken an die Opfer findet in der Athener katholischen Kathedrale in Anwesenheit der Mitglieder der griechischen Regierung ein Trauergottesdienst statt.
3. Am Tage des Begräbnisses, um 8 Uhr früh, werden die Kriegsschiffe der alliierten Großmächte, mit der italienischen Marinebrigade an der Spitze, vor dem Hafen von Phaleron erscheinen. Die griechische Flotte wird die italienische, britische und französische Flagge, n. zw. jede für sich mit 21 Kanonenschüssen begrüßen; hierauf werden die Schiffe der drei alliierten Großmächte vor dem Hafen von Phaleron vor Anker gehen. Gleich nach dem Begräbnis werden die Schiffe der Alliierten die griechische Begrüßung Schuß für Schuß erwidern, wobei die Flaggen der griechischen Flotte und der Schiffe der Verbündeten auf Salbastaufgehört werden.
4. Bei der Einschiffung der sterblichen Ueberreste der Opfer von Brevesa wird eine griechische militärische Abteilung mit Fahne die Ehrenbezeugung leisten.
5. Die griechische Regierung verpflichtet sich, mit der größten Beschleunigung die Verfolgung und exemplarische Bestrafung der Schuldigen zu sichern.
6. Eine besondere, aus Delegierten Frankreichs, Großbritanniens und Japans zusammengesetzte Kommission, unter Vorsitz des japanischen Delegierten, wird das Verhör und die Untersuchung überwachen, die die griechische Regierung zu diesem Zwecke durchführen wird. Der Kommission wird das Recht zugehen, sich an dem Gange des gesamten Verfahrens zu beteiligen und von der griechischen Regierung nachträglich Verhöre und Untersuchungen zu fordern. Ihre Berichte und Schlussfolgerungen werden der Völkerverkonferenz vorgelegt werden. Die griechische Regierung wird für die Sicherheit der Kommission Sorge tragen, ihr sämtliche Begünstigungen zur

Durchführung ihrer Aufgabe gewähren und für die Kosten der Kommission aufkommen.

Die Konferenz fordert weiters die albanische Regierung auf, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die Kommission, falls es notwendig wäre, albanisches Gebiet betreten und dort im Einvernehmen mit den albanischen Behörden sämtliche Nachforschungen durchführen kann, die ihr die Verfolgung und Bestrafung der Schuldigen erleichtern würden.

7. Die griechische Regierung verpflichtet sich, der italienischen Regierung für die Ernennung ihrer Delegierten eine Entschädigung zu zahlen, über deren Höhe im beschleunigten Verfahren der ständige internationale Gerichtshof im Haag, und zwar auf Grundlage des Kommissionsberichts entschieden wird. Dieser Bericht wird dem ständigen internationalen Gerichtshof gleichzeitig mit den Bemerkungen der Völkerverkonferenz vorgelegt werden. Als Garantie soll die griechische Regierung unverzüglich bei der Schweizer Nationalbank den Betrag von 50 Millionen Lire hinterlegen.

Schließlich nimmt die Konferenz den Umstand zur Kenntnis, daß die italienische Regierung bestätigt, daß die Besetzung der Insel Korfu und der benachbarten Inseln keinen anderen Zweck verfolge, als Griechenland zur Erfüllung der Forderungen der italienischen Regierung zu bewegen und weiters den Umstand, daß diese Forderungen sich mit den oben erwähnten, von der Konferenz formulierten Bedingungen decken. Zum Schluß fordert die Note die griechische Regierung auf, daß sie unverzüglich und jedem der diplomatischen Vertreter der drei genannten Großmächte in Athen gleichzeitig mitteilt, daß sie die angeführten Bedingungen im gesamten Umfange annehme.

Griechenland nimmt an.

Athen, 9. September. (Havas.) Die Antwort der griechischen Regierung auf die Note der Völkerverkonferenz ist heute mittags der französischen, der englischen und der italienischen Gesandtschaft überreicht worden. Die griechische Regierung nimmt, wie bereits kurz gemeldet wurde, sämtliche Bedingungen der Völkerverkonferenz an, wobei sie an der griechischen Forderung festhält, daß die Räumung Korfus in der möglichst kürzesten Zeit garantiert werde.

Auch Mussolini ist zufrieden.

Rom, 9. September. (Havas.) Ministerpräsident Mussolini erfuhr den italienischen Völkerverkonferenz in Paris, die Völkerverkonferenz mitzuteilen, daß die italienische Regierung die Note der Völkerverkonferenz an Griechenland, welche sie billigt, zur Kenntnis genommen habe und neuerdings die vorhergegangene Erklärung Mussolinis zu bekräftigen, daß Korfu und die benachbarten Inseln werden geräumt werden, sobald Griechenland vollständig und endgültig den geforderten Reparationen Genüge leisten werde.

Bethlens Doppelspiel.

Budapest, 10. September. (Eigenbericht.) Die Einstellung der Untersuchung wegen der angeblichen Verschwörung der Erwachenden Ungarn wird erklärt durch eine Mitteilung, die der Abgeordnete Friedrich heute in der Nationalversammlung gegeben hat. Er teilte nämlich mit, daß die wegen unbefugter Werbung verhafteten Leute im Auftrage der Regierung zum Zwecke eines Einbruches in Siebenbürgen angeworben worden sind, und daß der General Stefan Goergey im Dezember 1922 eine Revue über sie abgehalten habe; bei dieser Revue war der Reichsverweiser Sorich anwesend, der ihre militärische Ausbildung überprüfte und gut hieß. Friedrich stellte auch die Frage an den Minister, ob Bronay noch Offizier sei oder nicht. Graf Bethlen habe nämlich, um die öffentliche Meinung des Auslandes zu täuschen, Bronay dazu betrogen, dem Scheine nach, seinen Austritt aus der Armee zu vollziehen, gleichzeitig ihm aber das Ehrenwort gegeben, daß er auch weiterhin Offizier der Nationalarmee bleibe, allerdings nicht der legalen, sondern der illegalen Armee, und daß er die Vorbereitungen zu dem Neubundkrieg zu leiten habe. Die Werbung, deretwegen jetzt gegen die Erwachenden vorgegangen ist, waren eben ein Teil dieser Vorbereitungen, die Bronay in seiner Eigenschaft als illegaler, aber von Bethlen anerkannter Offizier leitete. Friedrich berichtete ferner, daß die Regierung durch den Budapest Oberstadthauptmann bisher 18 Putsch enthüllen ließ, daß es aber in keiner einzigen dieser Affären zu einer Gerichtsverhandlung gekommen sei.

Zusammenkunft Beneš-Bethlen.

Genf, 10. September. (Tsch. P. B.) Die zweite Zusammenkunft des Ministers Dr. Beneš mit den ungarischen Ministern Bethlen und Daruvarj fand Sonntag vormittags im Hotel

Der Kampf der Bergarbeiter.

Die Zentralstreikleitung teilt mit: Nach den eingegangenen Berichten aus allen Revieren ist die Streiklage unverändert. Die Handels- und Gewerbelammer von Prag gibt dem Zentralstreikrat bekannt, daß sie in ihrer Sitzung vom 5. September beschloßen hat, die Regierung, die Bergwerksbesitzer und die Bergarbeiter zu ersuchen, neuerdings Verhandlungen zur Beilegung des Streikes einzuleiten. Dem Präsidium der Handels- und Gewerbelammer wird mitgeteilt, daß die Bergarbeiter wie am Anfang des Streikes auch heute zu Verhandlungen bereit sind. Bei dem Zentralstreikratseigenen langen Sympathieumgebungen unzähliger Arbeiterorganisationen, Gemeinden, Stadtvertretungen und verschiebener anderer Korporationen ein.

Gefährdung der Stromlieferung des Elektrizitätswerkes Auffsig.

Auffsig, 10. September. (Eigenbericht.) Die Direktion des Auffsiger Elektrizitätswerkes teilt mit: Laut Befehl der Streikleitung der Bergarbeiter wird für den Kraftwerksbetrieb in Tümm, welcher derzeit das Stromnetz der Stadt Auffsig ausschließlich mit Strom versorgt und der trotz des bereits drei Wochen andauernden Streikes bisher voll aufrecht erhalten werden konnte, ab 10. September aus dem Elisabethschachte nur mehr Rohle in beschränktem Ausmaße zugeführt werden. Aus dieser Nachricht geht hervor, daß in kürzester Zeit der Betrieb der Strahnenbahn einer Droßelung unterworfen wird, deren Ausmaß in den nächsten Tagen bekanntgegeben wird.

Tages-Neuigkeiten.

Bier Jahre nach dem Weltkrieg!

Ober die Abrüstungsfolge des Herrn Beneš.

Aus der gestrigen Abendausgabe der „Proger Presse“ unter dem Titel „Manöverabschluß und Truppenchau“:

... Um 7.30 begann nach einer starken Artillerievorbereitung der Angriff von Truppen der 6. Infanteriedivision auf die besetzten feindlichen Stellungen. ... Gegen 9 Uhr vormittags konzentrierte der Kommandant das Artilleriefuer auf den feindlichen Abschnitt vor der 7. Infanteriedivision auf den Höhen von ... Kurz darauf begann der Hauptangriff der 13. Infanteriebrigade, unterstützt von fünf Tanks gegen die Höhe Rote 456, als Schlüsselstelle der feindlichen Stellung, nach dessen Durchführung die Manöver beendet wurden. Die Tanks brachen aus einer einige Hundert Schritte von der vom Feinde besetzten Höhe gelegenen Deckung auf und wälzten sich in einer Linie mit kleinen Zwischenabständen gegen die Höhe. Langsam bewegten sich diese Ungetüme, alle Terrainshindernisse nehmend und die feindlichen Artilleriestellungen beschickend und selbst von der Artillerie der Roten heftig beschossen, nach vorwärts.

... Den Operationen ... sahen ... Udrzak ... Mittelhauser, Präsident des Abgeordnetenhauses Tomasek ... zu.

Truppenchau (Tomasek sah hier im Automobil vor) — Abschiedsdiener. — Udrzak und Tomasek sprachen zu Mittag zusammen mit den Vertretern der Presse, dann „Bahnabtransport der Truppen“.

Alles in allem waren diese Herbstmanöver, die der Spezialberichterstatter der „Proger Presse“ als „in jeder Hinsicht gelungen“ betrachtet, ein schlagender Beweis für die fortschreitende Abrüstung.

Manöverbilder.

Vom Hauptquartier in Politzschin.

Im massiven, kobigen Steinbau des Amtsgebäudes in Politzschin ist das Hauptquartier untergebracht. Am Toreingang stehen Soldaten Wache. Sie stehen still und stumm und stramm, genau so wie zu Zeiten des Kaiserreiches; nur hatten sie damals die Mütze als Kopfbedeckung und heute haben sie den Stahlhelm. Alles andere ist beim Absten geblieben. In einem Vorstadtteil steht die Radiostation. Autos und Motorräder laufen hin und her. Sie bringen oder übermitteln Befehle an die kämpfenden Truppen. Flieger kreuzen über der Stadt. Die Stadt ist im Festeskleide, die Bevölkerung in Festesstimmung. Unter der Haustür stehen biederer Handwerksmeister mit der langen, qualmenden Tabakpfeife im Munde. Von ihren Gesichtern kann man die stille Freude lesen, die sie beim Anblicke alles dessen empfinden. In den Gassen stehen Soldaten, auf dem Stadtplateau Offiziere, die Bevölkerung verhält sich so still und stumm wie die Wächter beim Hauptquartier. Es waagt kaum jemand ein lautes Wort zu sprechen, so sind alle im Banne gehalten von den Ereignissen, die sich in dem sonst so stillen Landstädtchen augenblicklich abspielen. Die Stille wird nur hier und da von einem Schrei einiger Schuljungen unterbrochen. Diese können all das noch nicht begreifen, sie versuchen es auch gar nicht. Sie freuen sich nur über die vielen, vielen Fahnen, sie freuen sich über das buntbewegte Leben. Sie sehen alles als ein Spiel an und werden auch noch lange Soldaten spielen. Ganz nutzlos sind die vielen Millionen hin- ausgepörsen. Wie nützlich könnten sie für die Bevölkerung verwendet werden, Tausende Ar

„Metropol“ statt. Bei dieser Begegnung wurden verläufig nur die gegenseitigen Standpunkte in der Angelegenheit einer ungarischen Anleihe und die Aufhebung des Pfandrechts klargestellt. Eine Entscheidung wurde bisher nicht getroffen.

Irland wird Mitglied des Völkerbundes

Genf, 9. September. (Havas.) Die Kommission für politische Fragen hat den Antrag betreffend die Aufnahme Irlands als Mitglied des Völkerbundes, worüber die Hauptversammlung des Völkerbundes entscheiden wird, angenommen.

Genf, 10. September. (Schw. Dep.-Ag.) Am Montag trat die Völkerbundsversammlung nach einer Pause von nahezu acht Tagen wieder zusammen. In geheimer Abstimmung wurde als Nachfolger des verstorbenen Ruyh Barboja in den internationalen Gerichtshof der ehemalige Präsident der Republik Brasilien Epitacio da Silva Pessoa mit 34 Stimmen bei 46 Stimmenden und einer absoluten Mehrheit von 24 gewählt. Der Rat wählte ebenfalls Pessoa zum Richter. Hierauf wurde mit minutenlangem Beifall der Freistaat Irland einstimmig in den Völkerbund aufgenommen.

Nach diesen überaus beifällig aufgenommenen Worten bestieg Pusta (australischer Gesandter in Paris) die Rednertribüne, um im Namen aller Anwesenden der japanischen Regierung und dem japanischen Volke die Gefühle des tiefen Beileids auszusprechen, welche die ganze Welt bei der Kunde von der schrecklichen Erdbebenkatastrophe, die Japan heimlich, empfunden hat. Er schlug vor, die heutige Sitzung zum Zeichen der Trauer und der Sympathie für Japan aufzuheben. Adachi (Japan) dankte der Versammlung für die wiederholt bekundeten Beweise der Sympathie und versicherte, daß Japan diese Gefühle und die bekundete Hilfsbereitschaft, welche in fast allen Ländern der Welt spontan zum Ausdruck gekommen seien, nicht vergessen werde.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

Die letzten aus dem Erdbebengebiet einlangenden Berichte lassen erkennen, daß die ersten Meldungen über den Umfang der Katastrophe und über die Zahl der Opfer erheblich übertrieben waren. Die Verheerungen, die das Erdbeben in Japan anrichtete, sind dessen ungeachtet noch immer gigantisch. Aus Tokio wird berichtet, daß in der Stadt Ordnung herrscht. Die Trümmer werden weggeräumt und mit Hilfe des Meeres und der Flotte hat eine eifrige Wiederaufbauarbeit eingesetzt. In Tokio zählt man an 150.000 Personen, welche obdachlos sind. Die Vorkosten und Gesundheitskosten werden von Truppen bewacht. — Nach einem amtlichen Berichte bejährt sich die Zahl der Toten in Yokohama auf 23.000, darunter 500 Ausländer, die der Verletzten auf 4000. Im Bezirk Sakone gingen 10.000 Personen zugrunde. — Das Präsbureau „Nipponbemp“ meldet aus Kamakura, daß in einem Ausflugsorte unweit von Yokohama

durch eine dem Erdbeben folgende Springslut viele Häuser weggeräumt wurden, wobei hunderte von Ausflüglern und Gästen ins Meer geschleudert wurden, wo sie ertranken. — Das Schiff „Denin“ ist nach Japan abgegangen, wohin es Nahrungsmittel und Hilfsmittel für die Opfer der Katastrophe im Werte von 400.000 Goldrubeln bringt. Wie aus Moskau berichtet wird, beteiligt sich die gesamte Bevölkerung aller Sowjetrepubliken an der japanischen Dislokation. — Nach einer Havasmeldung aus Osaka hat das Observatorium in Tokio folgende Erdstöße verzeichnet: Am 1. und 2. September 356, am 3. 289, am 4. 173, am 5. 148 und am 6. bis 6 Uhr morgens 63 Erdstöße, insgesamt 1029 Erdstöße. — Nach einer Londoner Meldung des „Matin“ wird aus Tokio berichtet, daß die vulkanische Insel Enoshima, die während des Erdbebens im Meere verschwunden war, wieder aufgetaucht ist. Sie trägt jetzt einen neuen Vulkan, der in steter Tätigkeit ist.

keitskosten verbürgern; doch Manöver müssen sein. Die Bergarbeiter kämpfen einen Kampf gegen den gewissenlosen Kapitalismus. Dieser marschiert im Manöver auf und zeigt seine Macht.

Zunmer näher rücken die Truppen an Zwietau heran, denn hier in unmittelbarer Nähe fällt die Entscheidung. Umweit der Stadt sind Trümmen aufgebaut, von wo aus die Gefandten und Attaches der befreundeten Mächte, die Generale und Heerführer der Desfilierung der Truppen zusehen werden. Tropfen heute mittig (7. 9.) die Nebungst beendet werden und die Truppen schon nahe der Stadt sind, hört man wenig schießen. Wird vielleicht an Munition gefehlt? Wir glauben kaum. Das Schießen ist nicht mehr so notwendig im Kriege. Dadurch werden zu wenig Menschen vernichtet. Die Kriegstechnik hat andere Mittel. Sie hat Gas erfunden, die in dem Zukunftskriege auf Mensch und Tier losgelassen werden, Gas, die alles vernichten. Die Menschheit wird so ausgeräuchert werden, wie man heutzutage das Ungeziefer austräuchert. Der Mensch ist eben nicht einmal mehr einen Schuß Pulver wert. Der Zukunftskrieg wird schrecklicher, weit schrecklicher sein als der beendete Weltkrieg. Er wird nicht Freund noch Feind, nicht Mann noch Frau, nicht Kind noch Säugling, nicht Dörfer noch Städte, nicht blühende Länder verschonen. Ob dieses drohenden Unheils möge die Arbeiterschaft fest zusammenstehen und dagegen kämpfen.

Die Affäre des Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtshofes. Der gestrige „Socialista“ beginnt mit der angekündigten Veröffentlichung jener Dokumente, die sich auf die von uns vor einigen Tagen gemeldete Wohnungssache des Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtshofes Dr. Pantuöel beziehen. Der „Socialista“ veröffentlicht jenes Dokument, in dem der damalige Justizminister Dr. Popelka dem Präsidenten Dr. Pantuöel den Beschluß des Ministerrats mitteilt, daß Pantuöel die für die Wohnung in der ehemaligen Kadettenschule gezahlte Summe gutgeschrieben wird, während sie den übrigen in diese Angelegenheit verwickelten Personen gestundet wird. Der „Socialista“ nennt auch jene Firma, die für Dr. Pantuöel den Gasofen ausstellte und die dafür von der Landesfinanzkasse 13.448 Kronen erhielt. Der „Socialista“ spricht die Hoffnung aus, daß das Justizministerium diese Angelegenheit gründlich unteruchen und auflären wird.

Eine würdige dynastische Feier. Aus Amsterdam wird vom 8. September gemeldet: Bei der gestrigen Fahrt der Königin Wilhelmina zur Jubiläumsvorstellung (die Königin feiert 25 Jahre ihres Regierens) ereigneten sich mehrere Unfälle. Verirrte Polizei mußte rücksichtslos in die Menge hineinreiten, um Frauen, denen buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen wurden, und Kinder, die unter die Füße der Volksmenge geraten waren, aus dem ungeheuren Gedränge zu retten. 200 Personen brachen bewußtlos zusammen. Eine Person ist hierbei ums Leben gekommen.

Folgeschwere Pulberexplosion in Amerika. In Southamboy im nordamerikanischen Staat New Jersey explodierten vorige Woche bei der Verladung aus Schlepplähnen in Waggons einige tausend Kisten mit rauchlosem Pulver. Durch die Explosion wurden 14 Personen getötet und 27 verletzt, davon 15 tödlich.

Strandung einer amerikanischen Torpedobootzerstörerflotte. Aus San Francisco meldet Reuter: Bei dichtem Nebel stießen sieben amerikanische Torpedobootzerstörer an einen Felsen bei Honda Point, nördlich von Santa Barbara, und wurden insgesamt stark beschädigt. 25 Matrosen sind ertrunken, die übrigen wurden gerettet und 13 derselben ins Krankenhaus geschafft. Man hat Besorgnisse, daß einige Schiffe vollständig verloren sind. Die Flotte segelte Samstag abends von San Francisco nach Santiago ab.

Die Fortschritte der Abrüstung. Dem Pariser „Petit Journal“ zufolge werden zum 1. Oktober drei neue Tankwagengregimenter geschaffen.

10.741 Meter — ein neuer Höhenrekord. Der französische Piloter Sadi Lecoute hat Sonntag in Paris einen neuen Weltrekord im Höhenflug aufgestellt, indem er eine Höhe von 10.741 Meter erreichte.

Eine Hummer-Barke gesunken. Eine mit sieben Reisenden von Giume nach der Insel Veglia

gehende Barke ist gesunken. Sechs Reisende sind ertrunken.

Von einem Lastauto niedergestoßen und schwer verletzt. Wie aus Bärstein gemeldet wird, wurde dort eine aus der Zaazer Gegend in ihre Heimat nach Karlsbad zurückkehrende Hopfenpflückerin, namens Reich, bei Bärstein von einem Lastauto überfahren und schwer verletzt. Das Auto führte das Erkennungszeichen O.H.621 und soll aus Tschorschitz bei Zaaz sein. Die Frau, die am Unterleib schwere Verletzungen davongetragen hat, ist in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus in Kaaden eingeliefert worden.

Das eigene Kind angeschossen. Der Grundbesitzer Krainy in Wlodka bei Poligon ging dieser Tage auf die Jagd. Als sein zwölfjähriger Sohn davon erfuhr, eilte er seinem Vater in den Wald nach und ging, um den Weg zur Stelle, an der er den Vater auf Anstand vermutete, abzukürzen, durch das Gestrüch. Arsch, der der Mutter war, es kam ein Blei aus dem Gewehr, drückte die Waffe ab und die Kugel drang dem Jungen in den Rücken, der schwere Verletzungen erlitt. Der Anabe, an dessen Aufkommen gezweifelt wird, wurde in das Wiener Krankenhaus gebracht.

Durch Stromschlag getötet. Der Grundbesitzer Josef Sully in Birk bei Buchau verlor beim Abladen eines mit Stroh beladenen Wagens in der Scheuer das Gleichgewicht und griff deshalb mit beiden Händen an die in der Scheuer angebrachte elektrische Leitung, um sich vor dem Sturz zu bewahren. Er wurde sofort getötet. Der Körper wurde geradezu verkohlt.

Verbesserung des Fahrplanes. Wie „Cesta Zlova“ meldet, soll durch Verkürzung der Aufenthalt und der Fahrzeit die Reisezeit zwischen Prag und Preshburg um jetzt eine Stunde, die Reisezeit zwischen Prag und Kaschau um zwei Stunden verkürzt werden. Weiter soll ein neues Schnellzugpaar zwischen Prag und Preshburg in den Tagesstunden eingesetzt werden. Diese Schnellzüge würden von Preshburg um 7 Uhr 20 abfahren und um ungefähr 15 Uhr in Prag eintrafen. Weiter wird an das Projekt gedacht, den Schnellzug Reichenberg—Leitmeritz—Teplitz—Schönan auf die Strecke Reichenberg—Böhm.—Leipa—Teitschen—Bodenbach—Aussig a. d. E.—Teplitz—Schönan zu verlegen und ihn nach Komotau zu verlängern, wo er an den Egerer Schnellzug der Buzschieder Bahn Anschluß finden wird.

Witterungsübersicht am 10. September. Seit Sonntag abends wird das Wetter über dem Kontinent von hohem Druck beherrscht. Sonntag war in der Republik der Himmel klar und die Temperatur stieg auf 18 bis 22 Grad Celsius. Nachts sank die Temperatur wieder erheblich, so daß sich felsenweise Reif bildete. Niedrigere Temperaturminima melden: Eger 0 Grad, Trautauß Polzama 1 Grad, Raasdorf Teplitz und Raasdorf 2 Grad Celsius. Kalte Luft sammelte sich in den unteren Lagen. Prag hatte um 7 Uhr früh die Temperatur um die Schneekoppe, in Eger war es um 9 Grad C. kälter als am Donnerstag. In Westeuropa trat starke Temperaturzunahme ein. Frankreich meldet sommerliche Temperaturen von 20 bis 22 Grad C. Eine Furche tiefen Druckes zieht jedoch von Westen heron und dürfte bereits morgen, besonders, falls sie sich noch vertieft, vorübergehend Verwölkung herbeibringen. — Wahrscheinliches Wetter am 11. September 1923: Bewölkungszunahme, vorübergehend noch wärmer und Niederschlagsneigung. Westwind.

Prager Chronik.

Der Monolith für das Befreiungsdenkmal beschädigt.

Bei dem Transport des Monoliths, der auf dem Stadtplatz als Befreiungsdenkmal aufgestellt werden soll, ist auf der Steigung zwischen Wraotzin und Aragulde die Kette aus den bei dem Lasttransport verwendeten Widerhaken. Durch einen unglücklichen Zufall konnte die Rückversicherungsrückrichtung nicht vollständig das Abgleiten der Unterlagelöcher verhindern, so daß der auf dem Holz gelegene Monolith auf einen unglücklich transportierten zweiten Steinblock, der für einen Straßendrinnen bestimmt ist, imprallte. Durch den Anprall brach ein Teil des Monoliths ab. Der zweite Steinblock blieb unversehrt. Die Unterlagelöcher wurden unbedeutend beschädigt. Verletzt wurde niemand. Die Arbeiten werden fortgesetzt. Die Versicherung eines zweiten Monoliths ist gesichert.

Aus dem Polizeibericht.

Am Freitag abend brach in der Maschinenfabrik Beetzfeld, Dayz u. Co. in Prag ein un-

ternter Unfall ein Brand aus, der durch die noch herbeigekommenen Feuerwehren lokalisiert werden konnte. Durch die rasche Eindämmung des Brandes wurde ein großer Unglück verhütet, da die umliegenden Fabrik für Öl und Explosivstoffe gefährdet waren. — Freitag nachmittag ging der Arbeiter Franz Hamar aus Abet auf der Straße gegen Wjatschan und machte bei einem Baume Halt, unter dessen Schatten er sein Geld zählte. Wjatschan sprang ein langer Furcher auf ihn zu, entzückte ihm die Barthaar und stieß mit dem Rasbe in die Kehle. Er wurde vom Anarbeiter verfolgt und mit Hilfe der Wache verhaftet. Es ist dies Anton Ziska aus Moudetin. Die Wute im Betrag von 30 K hatte er auf den Wjatschan geworfen. Er wurde dem Polizeidepartement eingeliefert.

Gerichtssaal.

Durch einen unglücklichen Zufall zum Mörder geworden.

Prag, 10. Sept. Auf gemeinen Mord lautete die Anklage, derentwegen sich heute der 32-jährige Bergarbeiter Franz Strnad aus Hozdobov bei Abno zu verantworten hatte. Strnad, der auf der Grube „Engerth“ in Abno beschäftigt war, hat am 20. März d. J. vor dem Verwaltungsgebäude der Grube „Engerth“ gegen den provisorischen Schichtmanipulanten Adolf Freiberg aus nächster Nähe einen Schuß abgegeben, der Freiberg so unglücklich traf, daß er binnen wenigen Minuten starb. Während der heutigen Verhandlung gab der Angeklagte an, daß die Waffe nur durch Zufall losgegangen sei. Die Geschworenen schenkten dieser Angabe Strnad Glauben und verurteilten ihn wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu fünf Monaten schweren Arrests.

Nach der Anklageschrift hat sich die Tat folgendermaßen zugetragen: Strnad wurde am 20. März wegen Vergehens nach § 203 des Bergwerkesgesetzes entlassen. Er hat nämlich am 14. März einen seiner Mitarbeiter überredet, acht Huntekarten bei der Kontrollstelle abzugeben, ohne daß diese acht Hunte von der Arbeitsgruppe des Strnad gefördert worden wären. Diese Manipulation wurde jedoch vom Schichtmanipulanten Adolf Freiberg entdeckt und dem verantwortlichen Ingenieur Wenzel Capel zur Anzeige gebracht. Capel nahm mit Strnad ein Protokoll auf und entschied nach Abschluß der Untersuchung, daß gegen Strnad nach § 203 des Bergwerkesgesetzes vorzugehen, Strnad also zu entlassen sei. Dieser Beschluß wurde Strnad vor Beginn der Früharbeit am 20. März mitgeteilt. Strnad hielt sich dann im Laufe des Vormittags vor der Betriebskassette auf, da er sein Arbeitsbuch erhalten sollte. Als er gegen die Mittagstunde sich mit einem seiner ehemaligen Arbeitskollegen vor dem Kassettegebäude unterhielt, kam Freiberg aus der Kassette heraus. Strnad wandte sich zu Freiberg hin und schien mit ihm zu sprechen. Der abseits stehende gebildete Arbeitskollege Strnads hörte dann plötzlich einen Schuß und sah, wie Freiberg davon lief. Fünfzig Schritte weiter stürzte Freiberg jedoch zusammen und verschied kurz darauf in der Betriebskassette. Er hatte einen Schuß ins Herz erhalten. Nach der Festnahme erklärte Strnad, daß er sich wegen der Entlohnung vor den Augen Freibergs selbst erschießen wollte, und daß nur durch einen unglücklichen Zufall der Revolver losging, als er ihn aus der Tasche herauszog. Für diese Aussage Strnads spricht auch der Umstand, daß er, wie Zeugen einwandfrei behaupten, nach dem Schusse gegen Freiberg ganz verflört den Revolver gegen die linke Schenke richtete und losdrücken wollte. Der Revolver verlagte jedoch. — Den Vorbeh bei der heutigen Verhandlung führte O.P.M. Stadit.

Ein Legionär nach dem Schussgefecht unter Anklage.

Prag, 10. September. Vor einem Strafsenat des O.P.M. Sava hatte sich heute der Legionär Emu Sada aus Labor wegen Verbreitung beunruhigender und falscher Nachrichten (nach dem Schussgefecht) und wegen Ehrenbeledigung zu verantworten. Sada hat am 16. Mai an das Bezirksgericht Prag Untere Reustadt ein Schreiben gerichtet, in dem er ein gegen ihn verhängtes Urteil wegen einer Steuervorrede als ungültig erklärt. In dem Schreiben heißt es dann, daß auch in der Tschechoslowakei dieselben Zustände kommen werden wie in Rußland und daß dann dem Staate seine Gendarmen nichts nützen werden. Denn es gebe hier 150.000 bewaffnete Legionäre und bei 700.000 Kommunisten, die mit der beschriebenen, nicht im geringsten entsetzlichen Bürokratie gründlich austräumen werden. — Die heutige Verhandlung wurde schließlich vertagt, um den Geisteszustand des Angeklagten untersuchen zu lassen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die neue deutsche Devisenverordnung

Die deutsche Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, wonach zum Zweck der Devisenverfassung ein Kommissär mit außerordentlichen Vollmachten — der bisherige Beamte des preussischen Handelsministeriums Hüllinger — ernannt wird. Der Kommissär ist befugt, Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, ausländische Wertpapiere und Edelmetalle für das Reich in Anspruch zu nehmen. Zu widerhandlungen gegen die Durchführungsbestimmungen zu der angeführten Verordnung, werden mit Freiheitsstrafen, Geldstrafen und mit Einziehung der betreffenden Werte bedroht.

Diese neue Verordnung ist von außerordentlicher Tragweite für die fernere Devisen- und Wirt-

schaftspolitik des Deutschen Reiches. Sie ist der letzte Versuch, die für die Marktstabilisierung und Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln notwendigen Devisen zu erfassen, und schafft die gesetzgeberischen Voraussetzungen, um den passiven Widerstand im Kampfe gegen das Valutaleud nötigenfalls mit Gewalt aus dem Wege zu räumen.

Außerdem gehen die Bestrebungen der deutschen Regierung dahin, eine wertbeständige Währung zu schaffen. Es stehen da zwei Vorschläge einander gegenüber: der eine ausgearbeitet von dem bekannten Rechtspolitiker Dr. Hesse, der die neue deutsche Währung auf den Wert der in Deutschland verbreitetsten Getreideart, den Roggen basieren will, und ein zweiter Vorschlag, der vom deutschen Reichsverband der Industrie stammt, von dem Gewerkschaften befürwortet wird und eine Goldwährung einführen wollen, die Oberhand behalten werden. Zu diesem Zwecke müßte eine Goldmarkbank mit ausländischer Beteiligung, etwa bis zu einem Drittel des Gesamtkapitals, errichtet werden. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Bemühungen des Reiches auf Stabilisierung der Papiermark fortgesetzt werden müssen. Dazu wäre nach Ansicht des Berliner „Vorwärts“ notwendig: 1. Ansammlung eines ausreichenden Devisenfonds zur Stützung der Papiermark, 2. Abbau der Reichsausgaben (was eine erfolgreiche Außenpolitik der Regierung zur Voraussetzung hat), 3. Umstellung der Veranlagung und Erhebung der Steuern auf Gold.

Wenn die politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Deutschen Reiches mit Energie an die Ausführung dieses Planes schreiten werden, ist es möglich, daß dem katastrophalen Marktzug, wenn auch kein Ende, so doch schwere Hindernisse bereitet werden. Die Wirkung der Rotverordnung der deutschen Regierung zeigt sich auch darin, daß der Dollar und alle Edeldvisen in Berlin einen Rückgang zu verzeichnen haben.

Vor einer Herabsetzung der Verbrauchssteuer?

Wie die gut unterrichteten „Lidové Noviny“ melden, finden sowohl im Finanz- als auch im Eisenbahnministerium gegenwärtig Beratungen statt, die die Herabsetzung der Verbrauchssteuer zum Zwecke haben. Die betreffende Vorlage soll noch im Herbst der Nationalversammlung unterbreitet werden. Einzelne Anträge gehen dahin, die Verbrauchssteuer gänzlich abzuschaffen, in anderen wird eine Herabsetzung von 10 bis 20 Prozent verlangt.

Betriebsbeeinträchtigungen infolge Kohlennot.

In geradezu furchtbare Weise machen sich die Folgen des Bergarbeiterstreikes in der Metallindustrie bemerkbar. Eine große Anzahl von Unternehmen mußten gesperrt werden, andere wieder haben den Betrieb reduziert. Die Mannesmannwerke in Komotau, welche 2200 Arbeiter beschäftigen, ließen am 3. September 1000 Arbeiter aussetzen und am 10. September sollen neuerdings 1000 Arbeiter dazu kommen, so daß nahezu das ganze Werk vollständig ruhen wird. Das Stahlwerk Brüx, das 280 Arbeiter beschäftigte, hat am 5. September den Betrieb vollständig eingestellt. Das Eisenwerk Rothau hat vorige Woche 500 Arbeiter aussetzen lassen und im Laufe dieser Woche dürften die restlichen 400 folgen. Die Firmen Beckert und Teilsko in Zaaz, welche zusammen 500 Arbeiter beschäftigen, besitzen nur noch einen ganz geringen Kohlenvorrat, es droht auch hier der Betriebsstillstand infolge Mangel an Rohmaterial, welches Abno infolge Betriebsbeeinträchtigung nicht liefern kann. Mit weiteren Betriebsbeeinträchtigungen ist zu rechnen bei den Emailwerken „Austria“ in Brüx, welche 250 Arbeiter beschäftigen, und in den Metallwerken Chaudoir in Bodenbach mit 400 Arbeitern. Im Laufe dieser Woche werden wahrscheinlich noch weitere Einstellungen eintreten, da durch die Froststellung der Kohlenzufuhr die Mehrzahl der Elektrizitätswerke die Stromabgabe an die Industriebetriebe verweigern wird. Der Verband der Metallindustriellen in Teplitz hat an seine Mitglieder die Weisung ergehen lassen, daß sie, um ihren Kohlenvorrat zu strecken, die Arbeitszeit verkürzen mögen. Jenen Firmen, welche verkürzt arbeiten, wurde empfohlen, ihren Arbeitern gegen Rückzahlung durch den Staat die staatliche Arbeitslosenunterstützung ausbezahlen. Die Metallarbeiter sind sich dessen bewußt, daß der Kampf, den die Bergarbeiter jetzt führen müssen, auch um ihre und die Interessen der Gesamtarbeiterschaft geht und sind bereit, ihn mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Konzentrationsbewegung in den Konsumgenossenschaften.

Wie wir der „Konsumgenossenschaft“ entnehmen, hat eine Konferenz der dem Verband der Deutschen Wirtschaftsgenossenschaften angeschlossenen Konsumvereine für Mähren und Schlesien, die vor längerer Zeit stattfand, im Prinzip die Zusammenlegung von nicht weniger als 47 Konsumvereinen zu einer Zentralgenossenschaft beschlossen. Der Gesamtumsatz dieser Vereine betrug im Jahre 1921—22 über 60 Millionen Ks, die Mitgliederzahl über 35.000, die Zahl der Verteilungsstellen 141. Eine ähnliche Konzentration geht auch in den tschechischen Konsumvereinen vor sich, die dazu führen wird, daß es in absehbarer Zeit im tschechischen Teil von Mähren und Schlesien nur drei große Konsumvereine (Mähr.-Osterr., Prohnsitz und Brünn) geben wird.

Herabsetzung des Preises für Arzneimittel.

Die Herabsetzung der ständigen Anleihe der Verbrauchers findet Freitag, den 14. d. um 10 Uhr vormittags im Sitzungssaal der Abt. 6 des Ministeriums für Volksernährung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Herabsetzung der Preise der Arzneimittel; 2. Herabsetzung der Apothekertarife; 3. Die Frage der Erklärung des Apotheker-

gewerbes als freies Gewerbe und dessen Einfluss auf die Preise der Arzneimittel; 4. Schaffung eines Institutes zur Prüfung von Arzneimitteln; 5. Einführung von Apothekeninspektoren; 6. Verkauf fertigerpackter Arzneimittel und Drogen; 7. Freie Anträge.

Der Danknotenumsatz in der tschechoslowakischen Republik beträgt nach dem Ausweis des Bankamtes vom 7. September 9.084.484.000 Kč, d. i. um 183.991.000 Kč weniger als zu Monatsbeginn.

Die englischen Gewerkschaften für ein Einvernehmen mit Russland. Der englische Gewerkschaftsführer in Plymouth hat eine Entschließung angenommen, in der für die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Russland eingetreten wird.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with 2 columns: City and Exchange Rate. Includes Zurich, Berlin, and Wien.

Prager Kurse am 11. September.

Table with 3 columns: Currency, Gold, and Silver. Lists various currencies like 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, etc.

Züricher Schlusskurse am 11. September.

Table with 3 columns: City, Gold, and Silver. Lists cities like Paris, London, Berlin, etc.

Kunst und Wissen.

„Der Haub der Sabinerinnen“. (Gastspiel Siegfried Hofers). Das bürgerliche Lustspiel aus Deutschlands allzu gemüthlichen Tagen hat seine Deutlichkeit verloren. Wie über Professoren, die stets ihren Regenschirm irgendwo stehen lassen, erinnern an die geistlosen Rubiken der „Liegenden Blätter“, auf deren Vokal zum Teil auch dieses Lustspiel aufgebaut ist.

„Lohengrin“ von Richard Wagner. (Neues Deutsches Theater, 9. September 1923). Auch der sonntägige „Lohengrin“ beehrte uns eine Reihe von Neubesetzungen. Als beste unter ihnen ist die „Ortrud“ Frau Wolf-Ortner anzuspriechen, wenn sie auch noch mehr dämonische Leidenschaft in der Darstellung vertritt; aber gesanglich gibt Frau Wolf-Ortner dieser Rolle alles, was sie braucht: dramatische Wucht des Tones und musterhafte Deutlichkeit des Wortes.

„Madame Butterfly“ von Giac. Puccini. (Neues Deutsches Theater, 8. September 1923). Unter allen Puccini-Opern ist die „Madame Butterfly“ eine der sympathischsten, weil sie der Handlung nach und vor allem in musikalischer Hinsicht auf einen vornehmen Ton gestimmt ist als die übrigen. Auf den rein äußerlichen Erfolg abzielenden Opernwerke des italienischen Meisters. Auch die glänzend gelungene musikalische Erfassung des japanischen Milieus macht diese Oper zu einer wertvollen Erscheinung der neuzeitlichen Opernliteratur.

„Madame Butterfly“ von Giac. Puccini. (Neues Deutsches Theater, 8. September 1923). Unter allen Puccini-Opern ist die „Madame Butterfly“ eine der sympathischsten, weil sie der Handlung nach und vor allem in musikalischer Hinsicht auf einen vornehmen Ton gestimmt ist als die übrigen.

Alle deutschen Kellner und Angestellten im Gastgewerbe

erscheinen Donnerstag, den 13. September, 12 Uhr nachts im Restaurant Vereinsheim Prag II., Smecly 22, zu einer Wählerversammlung, in welcher die Kandidaten Genossen Dr. Engel und Köhler über die Gemeindevorwahlen referieren werden.

„Amor in Rifoldsburg“. (Erstaufführung des Lustspiels von Arnim Friedmann und Hans Kottow). Die samstägige Nachvorstellung, in welcher Herr Hofers sein zweites Gastspiel absolvierte, war deshalb charakteristisch, weil sie sich vor vollem Hause abwickelte. Das Publikum, welches bei der Neueinstudierung des „Egmont“ gefehlt hatte, füllte diesmal Logen und Parkett.

Nachvorstellung — Gastspiel Paul Morgan. Der berühmte Künstler wird Samstag nachts 10 Uhr die tragende männliche Hauptrolle des Architekten Thomeret in dem neuen amüsanten Lustspiel „Der Frechdachs“ von Louis Verneuil darstellen, die er über 500 mal in Berlin und München mit grandioser Heterakterwirkung gespielt hat.

Neueinstudierung „Nachtlager von Granada“, „Sufanens Geheimnis“. Samstag 7 Uhr gelangt Konrad Kreusers romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“ und Wolf-Ferraris Intermezzo „Sufanens Geheimnis“ zur Wiederaufführung.

„Renee Theater“. Heute 6.30 Uhr Goethes „Egmont“, vollständig neuinszeniert. Morgen Mittwoch 7.30 Uhr „Die schöne Wawa“. Donnerstag 7 Uhr Richard Wagners „Tannhäuser“. Freitag 7.30 Uhr die Schulkomödie „Flachsmann als Erzieher“.

Aus der Partei.

Sammlungsausschuss für den Monat August 1923. Parteifond: 16. Trautenau 400 K, 16. Karlsbad 1400 K, 18. Teplitz 1600 K, 21. Aussig 600 K, 21. Bodenbach 1600 K, 24. Arumman 200 K, 24. Ries 1000, 29. Grulich 200 K, 31. Troppan 800 K.

Tagung e uegung.

Bezirkskonferenz Karlsbad. An der am vorrichtigen Sonntag im Arbeiterheim in Nitrochlan stattgefundenen Bezirkskonferenz der Bezirksorganisation Karlsbad des sozialistischen Jugendverbandes nahmen 75 Delegierte teil. Aus den Berichten geht hervor, daß während der Werbeaktion einige Orte sehr schöne Erfolge erzielt haben; in Fischelz allein wurden fünfzig neue Mitglieder gewonnen.

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen J. N. Pardubice 6:1 (4:1).

Ueberrauschend hoher Sieg des D. F. C. gegen die körperlich weitaus überlegene Provinzmannschaft, der ein ausgezeichnete Auf vorausgang, die aber in jeder Hinsicht enttäuschte. Der D. F. C. trat ohne Patek und Muzer an. Dafür spielte aber Sedláček am rechten Flügel. Bei den Deutschen arbeitete der Hals sehr los, so daß die Verteidigung entlastet war.

aber technisch noch unfertig. Fehlerlos arbeitete der junge Goalmann Tauffig. Jedenfalls zeigte die Mannschaft einen überraschenden Spielleiter, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. Die Pardubicer spielten scharf, einzelne Leute aber roh, ohne vom Schiedsrichter gehindert zu werden. Namentlich der linke Verteidiger beging derart abscheuliche Fouls, daß jeder Unparteiische, der Verantwortungsgesühl für die körperliche Sicherheit der Spieler besitzt, ihn sofort entfernt hätte.

Slavia in Wien. Gegen Slovan 4:1, gegen Palook (mit viel Glück) 1:0.

Sparta gegen Amateure Wien 1:0 (1:0).

Am Samstag spielten die Wiener gegen die Sparta — und verloren unverbürgt. Technisch und taktisch boten sie Hervorragendes; jeder einzelne Mann ist ein Vollkämpfer von Klasse. Namentlich war ihre Stürmerreihe der der Prager überlegen. Wenn den Wienern etwas auszustellen wäre, so ist dies ihr Mangel an Entschlossenheit und Schußsicherheit vor dem feindlichen Goale, wodurch sie ihre zahlreichen, im Felde prächtig herausgearbeiteten Chancen leichtsinnig vergaben.

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with 6 columns: Date, Wind direction, Temperature, Humidity, etc. Includes data for 10. September 1923 and various locations like Prag, Brünn, etc.

Ein Wanderbuch für das Nichts u. Grenzgebiete. Zähl.-Büchlein des Schw. Reichens, Aser- u. Nischengebirge, Waldenburger u. Gailgebirge, Gailgebirge u. Gailthaler.

Ein Wanderbuch für das Nichts u. Grenzgebiete. Zähl.-Büchlein des Schw. Reichens, Aser- u. Nischengebirge, Waldenburger u. Gailgebirge, Gailthaler.

schwachen Tag und benachteiligte die Gäste durch seine Fehlentscheidungen.

Makkabi Brünn gegen Echie Karlin 7:1 (4:1).

Sonntag schlug am D. F. C.-Platz die Brünnener, respektive ungarisch-jüdische Elf die Karolinenthaler mit Klaffenunterschied. Gegen die prächtige Kombination der Gäste waren die Makkabi — die, nebenbei gesagt, einen sehr schwachen Tag hatten — machtlos. Bei den Brünnern gefielen besonders Schwarz und Szur in der Verteidigung. Bei Echie folgte der Mittelkäufer Poulin, Hervorragend war der Schiedsrichter Cejnar, wohl der Beste, den wir seit Jahren auf dem D. F. C.-Platz haben und an dem gemessen, unsere deutschen Unparteiischen eine untergeordnete Rolle spielen.

Motorrennen. Der Franzose Gilla hat auf einem französischen Motorboot mit einem Kubikinhalt von 500 Kubikzentimeter in Monza den großen Völkpreis errungen, indem er 400 Kilometer in drei Stunden 19/16 mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Kilometer in der Stunde zurücklegte. Er hat damit alle bisher erzielten Rekorde geschlagen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Holth.

Advertisement for 'Vergessen Sie nicht bei der Wahl' with text 'Ihrer Einkäufe an die hohen Preise welche Sie früher zahlten. Wählen Sie'.

Advertisement for 'A. & R. Amschelberg' with text 'Ecke ulice 28. října und Ecke Perlova ulice. Ecke'.

Advertisement for 'Der lesende Arbeiter' with text 'das ist der dankende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit. Im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen. Im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der Sozialdemokrat'.